

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abo-nemendepreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Bestellgeb.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schonlank.

Inserate werden die 5 gekappte Zeitzeile über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition eingeschickt sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszelt 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Das Briefgeheimnis.

\* Leipzig, 3. März.

Die mangelhafte Wahrung des Briefgeheimnisses seitens der Privatposten wird in den Motiven zu dem Gesetzentwurf betr. Änderung des Postgesetzes besonders betont; an verschiedenen Stellen wird darauf hingewiesen, daß „das Briefgeheimnis hinsichtlich des verschlossenen Briefes auch bei der bestellten Privatpost nicht den vollen Schutz genießt, wie ihm die staatliche Verförderungsanstalt gewährt“.

Der volle Schutz der staatlichen Poststall! Das klingt so anständig selbstbewußt, daß einige geschichtliche Erinnerungen am Platze sein mögen.

Am 14. Mai 1811 erließ der preußische Staatskanzler v. Hardenberg an den Königsberger Polizeipräsidenten eine Verfügung, worin es hieß: „Unter allen Maßregeln, die in der höheren Polizei Anwendung finden, ist die Kontrolle der Briefe ohne Zweifel die wichtigste... Das hiesige Postamt in Berlin, welches eine Liste der in höherer politischer Hinsicht verdächtigen Subjekte mit der Anweisung erhalten hat, alle an sie und womöglich auch die von ihnen kommenden Briefe zu öffnen und durchzusehen, teilt mir positiv ein Verzeichnis aller geöffneten Briefe mit u. s. w.“

Dass dieses „Schwarze Kabinett“ auch noch um die Mitte unseres Jahrhunderts bestand, wissen wir aus dem Briefwechsel des preußischen Generalpostmeisters von Nagler mit seinen Bevollmächtigten, Staatsrat Kelchner, worin dieser große Falunke, dem jetzt noch in der postoffiziösen Presse Loblieder gesungen werden, in epischer Weise über die „albernen Brieföffnungstrübel“ spricht. Auch Bismarck selbst hat im Vorjahr ausgebrochen, daß zu der Zeit, „als er noch preußischer Bundesstaatsgegner in Frankfurt war, es mit dem Briefgeheimnis auch eine solche Sache gewesen sei. Er habe keinen ausländischen Kollegen, wenn sie ihm Briefe zur Mitbeförderung durch den Kurier übergeben wollten, direkt abgeraten, es zu thun.“

Später dann, als er an die Spitze der Staatsgeschäfte gestellt wurde, hat Bismarck diese Geplaudereien keineswegs als nebenständlich beiseite gelassen. So konstatierte Graf Armin in seiner Schrift: Pro nihilo aus den Untersuchungsbüchern, daß auf dem Postamt Grambow i. P. ein vermeintlicher Briefwechsel zwischen ihm und dem Dänen Hansen amtlich überwacht worden sei. Und wieder ist es Bismarck, der aus der Thätigkeit der beiden lebverstorbenen Generalpostmeister offen ausplaudert, daß „unter Philippssburg die Auslieferung von Briefen vielleicht ab und zu vorgekommen sei; unter Stephan sei es sehr viel schwerer gewesen, derartige Wünsche durchzusetzen.“

Dass die Auslieferung von Briefen unter Herrn v. Stephan zwar „viel schwerer“ gewesen ist, mag vielleicht zutreffen. Dass sie aber vor sich gegangen ist, geht außer aus diesen Worten auch aus den Thatsachen der letzten 25 Jahre hervor. Das

in London erscheinende russische Organ Vorwärts brachte in seiner Nr. 18, 1875 die Nachricht und auch die Beweise dafür, daß zur Zeit der Ankunft des russischen Kaisers in Dresden alle dort eingeschaffenen Briefe aus Russland und Polen untersucht und gelesen wurden, selbst diejenigen, die an die Adresse eines Deutschen gerichtet waren. Aus dem Jahre 1873 existiert sogar ein Gerichtsurteil, das die Thatsache der Entdeckung von Briefen ausdrücklich als erwiesen annimmt. Der Volksstaat teilte nämlich aus dem Botschafter einen Artikel über die Verlegung des Briefgeheimnisses nachgedruckt und war, ohne daß Anklage erfolgte, verhältnismäßig darauf zurückgekommen. Als schließlich doch Klage erfolgte, brachte die erste Instanz zwar eine Verurteilung, die zweite Instanz jedoch die Freisprechung. In dem Urteil vom 22. Februar 1873, das, wie Liebknecht hinzufügt, in Reichstage konstatierte, von der deutschen Presse systematisch totgeschwiegen wurde, heißt es:

Durch die auf Antrag des angeklagten August Bernhard Mühl... befragten Beugen Fink, Bebel, Liebknecht, Frischke ist eine Mehrheit von Fällen nachgewiesen worden, in welchen von auswärtigen Führern der sozialdemokratischen Partei an die Expedition und Redaktion der Zeitschrift Volksstaat hier, sowie die hiesigen Führer dieser Partei, ebenso wie von diesen an auswärtige Geistnisse genossen gerichtet und der Post zur Beförderung übergebene Briefe und Packereien entweder gar nicht oder doch in so verdecktem Zustande an die Adressaten gelangt sind, daß man deutlich an denselben hat wahrnehmen können, wie dieselben in der Zwischenzeit an den Seiten aufgeschnitten oder sonst zur Herausnahme des Inhalts geöffnet und später wieder zugeklebt und verschlossen worden...

Die Beweise (Couverls) für diese Briefverleugnungen, die bei dem damaligen Leipziger Bezirksgerichte aufbewahrt wurden, zeigten, daß ein Teil der Briefe nur deutsches Gebiet berührte.

Außen diesen Thatsachen führte Liebknecht in der 16. Sitzung des Reichstages vom 28. November 1875 dann noch eine lange Reihe von Fällen an, wo die verschlossenen Korrespondenzen zwischen Leipzig-Basel, Leipzig-London, Leipzig-Hamburg, Frankfurt a. M.-Leipzig, Hubertusburg-Berlin teils offen, teils stark verdeckt, so daß der Inhalt eingesehen werden konnte, die dann natürlich aber amtlich verschlossen worden waren, in die Hände der Empfänger gelangten. Sogar Briefe in extrastarken Beutencouverts, fünfmal gesiegelt, zeigten deutlich die Spuren des Messers, wie beim Einkultieren des Umschlages im Reichstag bestätigt wurde. Da, folgten Umgang nahmen schon damals die Städtereien an, daß John Steubenbach in der Deutschen Spinnstube seine Korrespondenzen warnte, nicht dem Wunsche der Post, die Briefe nicht fest zu zuzuladen, nachzukommen, im Gegenteil sie so fest wie möglich zu verschließen, da Briefe aus Süddeutschland und der Schweiz in stark beschädigtem, dann aber wieder „amtlich“ verschlossenem Umschlage ankamen.

Es war in dieser Sitzung, als Herr v. Stephan das Wort ausprach:

Sie können versichert sein, m. h., daß das Briefgeheimnis auf

den Gewissen der Postbeamten ebenso sicher ruht, wie die Bibel auf dem Altar.

War dieses Wort schon durch die vorhergehenden Vorgänge völlig gestraft, so noch vielmehr durch die nachfolgenden Maßnahmen.

Anfang 1879 brachten die Times die Nachricht, daß Stephan den Fürsten Bismarck in dessen Sommerresidenz aufgezocht habe, und daß dort die Aufhebung des Briefgeheimnisses für Sozialdemokraten beschlossen sei. Anfangs abgelehnt, wurde diese Mitteilung doch bald bestätigt durch die Verfügung des Reichs-Postamts vom 6. Februar 1879, in der es bezüglich der verbotenen inländischen und ausländischen periodischen Zeitschriften hieß:

Dieselben dürfen, sofern sie unter Band u. c., in sonst erkennbarer Weise, oder in einer solchen Verpackung, daß der Inhalt äußerlich unzweifelhaft als in Exemplaren verbotener Zeitschriften bestehend erkennbar ist, den Postanstalten zugehen, nicht weiter befördert, den Empfängern ausgetragen werden; vielmehr haben die Postanstalten berichtigte Sendungen an die nächste Polizeibehörde abzuliefern.

Was nun kam, ist bekannt. Die Verfügung, die den Beamten die Spionage geradezu zur Pflicht machte, wurde nur zu gut befolgt. Es blieb nicht bei Drucksachen und es sollte auch nicht bei Drucksachen bleiben. Briefe, die avisiert waren, kamen entweder gar nicht oder erbrochen an; Postanweisungen wurden der Polizei angezeigt und ausgehändigt; Benachrichtungen auf den Abschnitten der Postanweisungen wurden der Staatsanwaltschaft in die Hände gespielt; Pakete wurden einfach an gehalten, der Empfänger nach dem Postamt eltert, und in seiner Gegenwart die Durchsuchung vorgenommen; Gelder und Drucksachen wurden mit Beschlag belebt und erst nach Untersuchung durch die Polizei dem Adressaten zugestellt. Mit einem Wort: es wurde einfach ins Blaue hinein beschlagenahmt und erbrochen. Und wo das nicht geschah, fand sich die Polizei bei dem Adressaten eigentlich unerwartet gerade in dem Moment ein, wo ihm Postdienst zur Verstellung gebracht wurden.

Bis jetzt war in den offiziellen Auslassungen aber wenigstens noch der Schein gewahrt worden. Die Verfügung sprach nur einzig und allein von periodischen Druckschriften, das heißt von solchen Zeitschriften, deren Debütierung gesetzlich Sache der Post war. Ging die Beamten hierüber hinweg, was ja natürlich und selbsterklärend erwünscht war, so hatte die Verwaltung sich doch den Rücken freihalten.

Inzwischen rückten die 1881er Wahlen immer näher; Für Bismarck arbeitete mit Hochdruck, mit ihm Herr v. Stephan. Mit den verschärften Maßregeln trat schärfer zuerst am 4. Juni 1881 hervor. Im Amtsblatt Nr. 26 wurden die Postanstalten angewiesen, auf „das Vorkommen der Druckschrift: Arbeiter Bieder“ sorgfältig zu achten; sobald aus den Sendungen äußerlich erkannt werden kann, daß dieselben die Druckschrift enthalten, ist nach Maßgabe der Amtsblattverfügung vom 6. Februar 1879 zu verfahren“.

## Seuilleton.

Mittheilung verboten.

## Zwei Brüder.

Von Guy de Maupassant.

Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Emmy Becker.

Nach Tisch begab Peter sich auf das Bureau der Gesellschaft, um sich dort über mancherlei zu unterrichten, und erfragte auch den Namen des Arztes, der mit der morgen auslaufenen „Picardie“ reisen sollte, denn er gedachte sich bei ihm nach manchen Einzelheiten des neuen Lebens und den Eigentümlichkeiten derselben zu erkundigen.

Da Doktor Brette sich schon an Bord befand, suchte er ihn auf dem Schiff auf und wurde in einer kleinen Kabine von einem jungen Mann mit blondem Bart, der große Lehnlichkeit mit seinem Bruder hatte, empfangen. Sie plauderten lange miteinander.

In der hallenden Tiefe des ungeheueren Schiffes vernahm man das verworrene Getöse eingesiger und manigfacher Handlung; das Rötern der Güter, die im Raum verstaubt wurden, den Schall von Schritten, Stimmengemirr, das Rasseln der Dampfrahmen, die Pfiffe der Bootslute und das Klirren der Ketten, die mit hellerem Ton von dem Dampfhauch der Maschine, der aus dem Innern drang und von Zeit zu Zeit den ganzen Riesenleib erbebten mache, auf und ab gehästelt wurden.

Als Peter sich von seinem Kollegen verabschiedet hatte und wieder auf festem Land war, befiel ihn eine bisher nicht bekannte Traurigkeit, die auf ihn niedersank und ihn umhüllte, wie einer jener Nebel, die vom Ende der Welt

her über das Meer gezogen kommen und in ihrem ungreibbaren und doch undurchdringlichen Dunst etwas Unheimliches, Unreines, wie der Pesthauch ferner, lebensfeindlicher Gestade mit sich führen.

Auch in den Stunden wilder Verzweiflung, tiefster Schmerzen hatte er sich nie so im Elend erstickt, versunken gefühlt.

Nun hielt ihn gar nichts mehr, nun war jedes Band in Fugen gerissen. Als er alles, was an Zärtlichkeit und Liebe in seinem Herzen gewesen, mit rauher Hand entwurzelt, hatte er doch wenigstens dies erbärmliche Gefühl, ein herrenloser, verlauselter Hund zu sein, das ihn jetzt beschlich, nicht gehabt.

Das war keine innere Qual, kein sittlicher Schmerz mehr, es war der Zammer des obdachlos gewordenen Tieres, die körperliche Angst der vertriebenen, heimatlosen Kreatur, die nicht hat, wo sie ihr Haupt niederlege, die sich dem Regen, dem Wind, dem Blitz und allen rohen Gewalten der Natur preisgegeben fühlt.

Als er den Fuß auf dieses schwimmende Gebäude gesetzt, dieses wellengeschaukelte, enge Räumchen betreten, hatte sich die innerste Natur des Landmenschen, der seiner Lebtag in einem unbeweglich feststehenden, ruhigen Bett geschlafen, gegen die Unsicherheit, die nun künftig sein Lebens-element bilden sollte, mächtig aufgelehnt.

Bis heute hatten Fleisch und Blut sich geborgen gefühlt hinter der festen, tief in der Erde ruhenden Mauer, durch die Gewissheit, an derselben Stelle, wo sie sich zur Ruhe gelegt, wieder zu erwachen, unter einem Dach, das Wind und Wetter schützend abhält; jetzt sollten all die Stürme, die Hölle wie die Kälte, denen man im behaglichen Helm freudig Trost bietet, den Schutzlosen treffen, ihn in einer oder der anderen Weise unaufhörlich quälen.

Statt des Bodens, den er heute noch unter seinen Füßen fühlte, sollte er auf dieses rollende, grollende, alles verschlingende Meer angewiesen sein; statt der Straßen, der Gärten, in denen man sich verlieren, sich müde laufen, spazieren gehen kann, nichts als ein paar Meter lange Bretter, auf welchen man mit anderen Gefangenen wie ein Verurteilter hin und her geht.

Keinen Baum, keine Blume, keine Straße, kein Haus, nichts als Wolken und Wellen. Tag für Tag das Fahrzeug unter sich schwanken fühlen, sich beim Sturm an die Bretterwand lehnen, sich an die Thüren klammern, sich am schmalen Bettrand knapphaft festhalten, um nicht zu Boden geschleudert zu werden, und an ruhigen Tagen nichts vernehmen, als die krachende Drehung der Schrauben, und daß Boot, das uns trägt, immer dahin eilen zu fühlen in unaufhörlicher, gleichmäßiger, zur Verzweiflung treibender Schnelligkeit.

Und zu diesem Dasein eines Galeerensträflings war er verdammt, einzige und allein, weil seine Mutter der Leidenschaft eines Mannes nicht widerstand zu leisten vermochte.

Fast zusammenbrechend unter dem Weh, das den Auswanderer, der sein Vaterland für immer zu verlassen gedacht, so häufig übermannt, schritt er dahin.

Jetzt hatte er nicht mehr jene hochmütige Menschenverachtung, den wegversenden Abscheu vor den unbekannten Leuten, die an ihn vorübergingen, nein, jetzt empfand er ein schmerzliches Verlangen, mit ihnen zu sprechen, ihnen zu sagen, daß er Frankreich verlassen werde, ein bisschen Trost und Teilnahme von ihnen zu empfangen. Im innersten Herz fühlte er sich wie ein Bettler, der verschämt die Hand nach einer kleinen Gabe ausstreckt; scham und doch so mächtig

Das war der erste offene Schritt zur Ausdehnung der Verbürgung auf Druckschriften überhaupt. Von jetzt an finden wir in den Postamtsschriften das Verbot von Flugblättern, Broschüren, Büchern, Kalendern u. s. in schneller Abfolge. Zwar war die Behörde so vorsichtig, das Verbot dieser Druckschriften den Postamtsschriften nur „zur Kenntnis“ zu bringen, während die Bekanntgabe des Verbotes der periodischen Zeitschriften stets den Antrag enthielt, lehnte in den auf Grund der Verbürgung vom 6. Februar 1870 angelegten Verzeichnissen nachzutragen. Aber welcher Beamte könnte diese seine Unterscheidung ziehen? Das mußte auch dem Reichspostamt klar sein, daß die Bekanntgabe des Verbotes von Druckschriften, deren Auslieferung an die Polizei nicht ausdrücklich bestellt war, in einem Atem, unmittelbar unter- und hintereinander mit den Verbots der periodischen Zeitschriften, zu einer Rechtsverwirrung der nachgeordneten Beamten führen müsste. Aber es war nicht allein möglich, sondern sogar anzunehmen, daß hieraus spekuliert wurde.

Wie weit diese Rechtsverwirrung Platz gegriffen hatte, mag daraus hervorgehen, daß sogar noch drei Jahre nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, Juli 1893, der Postdirektor von Potsdam in Hohenlimburg diese Manipulationen ganz ungeniert übte. (45. Reichstagsitzung vom 9. Februar 1894.)

So sieht das „Geheimnis der staatlichen Förderungsanstalten“ aus, sobald oppositionelle Parteien in Frage kommen. Auch die Polen können davon ein Liedchen singen. Noch in der 19. Reichstagsitzung vom 20. Januar 1896 stellte der Abgeordnete von Jazdzwoski fest, daß „viele Mitteilungen, die auf Telegrammen und auf Postkarten in das Publikum gehen, und sonstige Dinge, die den Postbeamten zugänglich sind, den Mitgliedern des Vereins zur Förderung des Deutschen Staates bekannt gemacht sind“. Und der Abgeordnete Dr. Kryszynski brachte im vorigen Jahre einen Fall zur Sprache, wo die Post dem Landrat Handlangerdienste geleistet hatte.

Und angesichts dieser Fälle von Thatsachen sagt P. D. Fischer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften: „Das Briefgeheimnis ist in Preußen von jeher besonders sorgfältig behütet worden!“

Gegen solche Ausschreitungen sind die gesetzlichen Strafschriften völlig ungenügend. Was will es sagen, wenn nach § 854 des R.-St.-G.-V. die Öffnung und Unterdrückung von Briefen oder Paketen eine kriminelle Strafe nach sich zieht, alle anderen, weitaus den größten Teil ausmachenden Verleumdungen des Briefgeheimnisses aber nur disciplinarisch geahndet werden? Wenn einmal nach der Ansicht des Reichspostamtes, des Preußischen Ober-Tribunals u. s. (vergleiche Dambach, Erläuterungen zum Postgesetz) das Briefgeheimnis „alle Thatsachen umfaßt, welche der Postbeamte durch die statthaftgegebene Korrespondenz amlich in Erfahrung gebracht hat“, so mag auch der Schutz dieses richtig definierten Briefgeheimnisses der Postbehörde entzogen und dem Reichs-Strohgesetzbuch unterstellt werden.

Das wäre eine Verbesserung, wenn auch nur eine winzige, aber notwendig angesichts der Verwaltungsmassnahmen der letzten 25 Jahre.

Von dem „vollen Schnell“ des Briefgeheimnisses seitens der Staatsposten rede man aber nicht weiter!

## Politische Übersicht.

**Das schwarze Kabinett in Frankreich und anderes.**

Über die Wahrung des Briefgeheimnisses, wie sie in Deutschland gewahrt wird, finden unsere Leser im heutigen Leiterartikel einige Ausführungen, die uns daran hindern werden, besonders verächtlich auf die Verhältnisse in Frankreich herabzusehen, wie sie der Pariser Berichterstatter der Wiener Zeit in einer der letzten Nummern schildert.

Aber immerhin hat es sein Interesse, an der Hand eines offenbar gut unterrichteten Kenners das standeslose Treiben des schwarzen Kabinetts in der französischen Republik kennen zu lernen. Über die Praxis den Ausländern gegenüber schreibt unser Gewährsmann:

„Sehr viele hier lebende Ausländer, vor allem die, die eine umfangreiche Korrespondenz mit der Fremde unterhalten oder sich sonstwie „der Spionage verdächtig machen“, wissen längst, daß ein beträchtlicher Teil ihrer Privatkorrespondenz von den Behörden aufgegriffen und erbrochen wird. Manchmal erfolgt eine Wiederholung der erbrochenen Briefe, die dann mit einiger Verzögerung dem Adressaten zugestellt werden; manchmal verübt auch das noch zu große Mühe, und dann wandern die Sendungen, so sie nichts Interessantes enthalten, ins Archiv, wo sie bis zur nächsten Revolution saniert schlummern. Diese Praxis ist, wie gefragt, den besser unterrichteten Fremden und auch sehr vielen Einheimischen vollkommen bekannt, und wer je auch nur entfernt in dem Gerüche gestanden hat, sich mit Publizität oder gar mit Politik — von militärischen Dingen ganz zu schweigen — abzugeben, hat

lebte in ihm das Bedürfnis nach einem Menschen, dem sein Gehör wohl thäte.

Da fiel ihm Marowsko ein. Ja, der alte Pole war der einzige, der ihn lieb genug hatte, um einen wahren, heißen Schmerz darüber zu empfinden, und der Doktor entschloß sich, sofort seine Schritte dahin zu lenken.

Als er das Lädi betrat, schreckte der alte Apotheker, der eben in einem Marmormörser irgend einen Stoff zu Pulver zerrieb, ein wenig zusammen und eilte ihm, die Arbeit im Stich lassend, entgegen.

„Man sieht Sie ja gar nicht mehr?“ sagte er vorwurfsvoll.

Der junge Mann sah ihm, ohne vorerst den richtigen Beweggrund dafür anzugeben, auseinander, daß er viele Besorgungen, Gänge, Besuche und so weiter zu machen gehabt, und fragte dann: „Nun und wie geht das Geschäft?“

Ach! Das Geschäft ging recht erbärmlich; die Konkurrenz war zu groß und der Kranken gab es in dem Arbeiterviertel wenige und nur arme. Die blühen Hausmittel waren das einzige, was man in größerer Menge umsetzte, und seinem Arzte kam es in den Sinn, eine jener komplizierten, schwer herzustellenden Arzneien zu verordnen, an welchen der Apotheker seine fünfhundert Prozent verdient.

„Wenn das Ding noch drei Monate lang so fortgeht,“ schloß der kleine Mann seinen Bericht, „so kann ich die Bude zuschließen. Wenn ich nicht auf Sie noch hoffte, mein guter Doktor, so hätte ich mich schon längst aufs Stiefelputzen verlegt.“

Peter fühlte sein Herz sich zusammenziehen und beschloß, den Schlag, den er dem Alten versetzen mußte, lieber ohne Zögern, mit rascher Hand zu führen.

(Fortsetzung folgt)

sicherlich am eigenen Delbe, das heißt an der eigenen Korrespondenz erfahren, daß nichts unzuverlässiger ist, als die französische Postverwaltung. Diese eigentlich organisierte Behörde betrachtet sich nämlich traditionell — das datiert noch von dem ersten Napoleon — als eine Zivilgarnitur oder mindestens doch treue Bundesgenossen der Polizei. Wo man in England zu dem in jenem Lande so ungemein sündigen und dabei höchst tatlosen Detektiv greift, da reicht man in Frankreich einfach ein paar Briefumschläge auf und gelangt auf diese Weise manchmal zu einer Wissenschaft, die auf anderem Wege zu erlangen mit einigen Schwierigkeiten verknüpft wäre.

Was z. B. die hier ansässigen auswärtigen Zeitungskorrespondenten anlangt, die jederzeit scharf überwacht werden, so wird ihnen gegenüber gewöhnlich eine bestimmte Taktik verfolgt, durch die man zu erfahren sucht, wer sie sind, und für welche Blätter sie schreiben. In dem Pressebüro des Ministeriums des Innern sitzt ein Anzahl Leute, die nichts anderes zu thun haben, als tagaus, tagaus ausländische Blätter zu lesen, mit besonderer Rücksichtnahme der aus Frankreich bezugshabenden Artikel und Korrespondenzen. Sobald diese Leute einen neuen Namen, ein neues Korrespondenzzeichen, einen ihnen noch ungewohnten Stil in ein und demselben Blatte häufig wiederkehren sehen, benachrichtigen sie davon die politische „Sicherheitspolizei“ — richtiger wäre freilich „Unsicherheitspolizei“ — die dann ihrerseits mit Hilfe der stets dienstbereiten Post das weitere veranlaßt. Die Post zeigt der Polizei zunächst an, welche Personen das betreffende Blatt in der leichten, d. h. seit dem Auftauchen des neuen Namens oder Korrespondenzzeichens verstrichenen Zeit zu empfangen pflegen, und unter diesen trifft dann die Polizei eine Auswahl, was, dank den sonstigen dieser Behörde zur Verfügung stehenden Informationsquellen, nicht allzu schwer ist. Die wenigen „Ausgewählten“ — in sehr vielen Fällen ist es überhaupt nur ein einziger — wird nun auf Antrag der Polizei das betreffende Blatt von der Postbehörde unterschlagen, um eine Reklamation des Geschädigten hervorzurufen. Erfolgt diese, dann schaut der Unterbeamte, der allerdings in der Regel nicht eingeweiht ist, sehr erstaunt und verlangt eine schriftliche Beschwerde bei der oberen Behörde, worin Name, Wohnort und Beruf des Beschwerdeführers angegeben sein müssen. Kurze Zeit darauf wird das Blatt dem Adressaten wieder regelmäßig zugestellt, dann und wann folgen sogar die aufgelauschten rückständigen Nummern nach, aber die Postbehörde und demnach auch die Polizei wissen nun, daß der Herr X., der in der Y-strasse wohnt und nach seiner eigenen Angabe Berichterstatter ist, jenes Blatt regelmäßig empfängt und daß ihm an dieser regelmäßigen Zustellung viel gelegen ist. Noch bequemer, aber auch plumper ist das andere Mittel, das darin besteht, die von Paris abgehenden Briefe, in denen man auf Grund verschiedener Anzeigen Zeitungskorrespondenzen vermutet, zu erbrechen, um aus der etwa vorgefundene Unterchrift auf die Person des Verfassers schließen zu können.

Des Weiteren weiß der Pariser Briefschreiber der Zeit darauf hin, daß unter der dritten französischen Republik nicht bloß ein einziges centralisiertes schwarzes Kabinett existiert, sondern verschiedene, voneinander mehr oder minder unabhängige „Kabinetts“ dieser gemeinschaftlichen Anzahl. Das Marineministerium hat eine für den Minister, eine andere für die Bureaus, das Kriegsministerium hat auch eine, und das Ministerium des Innern eine hat, folgt aus dem Vorhandensein der Einrichtung überhaupt, denn zum Ministerium des Innern gehört bekanntlich auch die Polizei, die einer solchen dunklen Institution mehr bedarf, als jeder andere Verwaltungszweig. Die staatliche Post ist eben im heutigen Frankreich „Mädchen für alles“, und wer im Hause des gallischen Hahns nur irgend etwas zu befehlen hat, kommandiert auch sie.“

So den Ausländern, die unter diesen Zuständen zu leben haben, gehören auch die Mitglieder der deutschen Botschaft in Paris. „Seit langen Jahren,“ sagt unser Gewährsmann, „sagen die Mitglieder der deutschen Botschaft darüber, daß Ihnen nur noch rekommandierte Briefe zugehen; die anderen werden einschließlich unterschlagen, alle aber geöffnet und gelesen.“

Beschließt an die Oberpostdirektion gerichtete Beschwerden blieben gänzlich erfolglos. Da griff einer der Herren zu einem probaten Mittel. Er sagte dem Postboten, er werde auf seine Absage dringen, wenn dieser Unzug nicht aufhöre; mindestens sollte man doch die erbrochenen Briefe mit Gummi papier wieder schließen, um ein Herausfallen des Inhaltes zu verhindern. Das wirkte endlich; der Postbote nahm am Schalter keine Briefe mehr an, die nicht wieder zugelebt waren.

Will einer der Herren von der Botschaft die öffentliche Telephonkabine benutzen, so steht direkt vor ihr, so, daß er alles Gesprochene hören kann, der der Botschaft „attachierte“ Geheimpolitist, und ist dieser zufällig einmal abwesen, dann muß der Diplomat bis zur Rückkehr seines Wächters warten. „Die Kabinette ist gerade belebt,“ heißt es in solchen Fällen.“

Das sind ja nette Zustände, und sie sind sicherlich bezeichnend für das korrupte Regime der jüngsten Republik. Aber, wie gesagt, wir haben in Deutschland soviele vergleichbare erlebt, daß es uns nicht ansteht, wie es jetzt seitens bürgerlicher Blätter wohl geschieht, allzu stolz auf die französische Wirtschaft herabzublicken.

## Deutsches Reich.

Parlamentarische Briefe.

Aus dem preußischen Landtag.

**A. Berlin, 2. März.** Das Abgeordnetenhaus nahm heute in dritter Sitzung den Gesetzentwurf, betreffend Erhöhung des Grundkapitals der Centralgenossenschaftskasse, unverändert an. In der Generaldebatte machte Abg. Dr. Arendt nochmals seinem Ärger über die Diskontpolitik des Reichsbankpräsidenten Lust, ohne daß der Finanzminister Dr. v. Miquel sich veranlaßt sah, dagegen aufzutreten.

Die hieraus folgende zweite Veratung der Vorlage, betreffend Bewilligung von Staatsmitteln zur Befreiung der durch die Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten Verhängnissen, lieferte von neuem den Beweis, wie sehr die Kulturaufgaben in Preußen leiden. Nach der Regierungsvorlage sollten nämlich der Regierung zur Gewährung von Beihilfen 5 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission gelangte zu der Ansicht, daß diese Summe zu gering sei und bestimmte, daß der Betrag im Bedürfnisfall bis auf 10 Millionen erhöht werden kann. Das ist dem Finanzminister, der offenbar schon die 5 Millionen nur höchst ungern gibt, sehr unangenehm, und so bekämpfte er denn die Kommissionsvorlage auf das allerentzündlichste. Er brachte konstitutionelle Bedenken vor, er wies darauf hin, daß dann die Begehrlichkeit der Geschädigten erweckt werden könnte, ja, er drohte sogar damit, daß das Staatsministerium dieser Aenderung nicht zustimmen würde und daß infolgedessen das Zustandekommen des Gesetzes überhaupt in Frage gestellt sei. Aber das Haus ließ sich dadurch nicht abschrecken, sondern nahm die Vorlage in der Kommissionssitzung einstimmig an. Bis zur dritten Sitzung wollen die Conservativen und das Centrum eine Verständigung mit der Regierung anbahnen.

**Morgen:** Zweite Sitzung des Hundertmillionenfonds gegen die Polen und Etat der Ansiedlungskommission.

## Chinesische.

Die chinesische Anleihe.

Der Vertrag über die chinesische Anleihe mit der deutsch-englischen Bankgruppe ist am Dienstag unterzeichnet worden. Die Anleihe ist in 45 Jahren rückzahlbar. Wie verlautet, war von französischer und besonders russischer Seite auch in der

letzten Zeit noch gegen den Abschluß der Anleihe intrigiert worden. Dem Daily Chronicle wird geschrieben, daß die Bank von England in dem Falle an der Emission beteiligt sein würde, wenn in Deutschland die Reichsbank daran teilnahme.

Der Berichterstatter des Berl. Tagbl. meldet, daß als Garantie für die chinesische Anleihe eine Reihe von Filialstationen im Innern des chinesischen Reiches unter die Kontrolle des Generalzollinspektors Sir Robert Hart gestellt seien.

## Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Am Freitag wurde vor der Strafkammer in Rottbusch gegen die Arbeiter Wilhelm Sch. und Wilhelm G. wegen Majestätsbeleidigung und gegen Sch. und den Kupferschmied Moritz B. wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verhandelt. Sch. und G. werden der Majestätsbeleidigung, Sch. auch der gesetzlichen Körperverletzung für schuldig befunden und Sch. zu 9 Monaten und G. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. B. wird frei gesprochen.

Dem Genossen Götz in Groß-Ottersleben ist eine Anklage wegen Beleidigung des Kaisers zugegangen, die er durch Söhnenbleiben bei einem im Ratskeller in Seehausen ausgebrachten Hoch auf den Kaiser begangen hat. Die betreffende Versammlung war von sozialdemokratischer Seite einberufen, aber von gegnerischer Seite überwältigt worden.

Der wegen Majestätsbeleidigung in Gnesen angeklagte Hauptlehrer Sell aus Wietzsch ist von der Strafkammer freigesprochen worden. Die Anklage behauptete, Sell hätte einem Hotelier in Wietzsch eine Schlagschnalle mit dem Bildnis des Kaisers herausgezogen und dabei mehrere Neuerungen gemacht. Bei der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, sollen widersprechende Angaben gemacht sein. Seit dem Juli v. J. war Sell von seinem Amt suspendiert.

\* **Berlin, 3. März.** Wenn man die preußischen Staatsarchive für wissenschaftliche Zwecke hat benutzen wollen, so hat das verhältnismäßig große Umstünde gemacht. Jetzt hat der Präsident des preußischen Staatsministeriums bestimmt, daß die Archivvorsteher bez. Staatsarchivare Reichsangehörigen, die in Archivalien aus älterer Zeit bis einschließlich 1700 zu wissenschaftlichen Zwecken Einsicht zu nehmen wünschen, die Erlaubnis unter den vorgeschriebenen Bedingungen selbstständig ertheilen dürfen.

Vorher mußten die Vorsteher der Provinzialarchive die Ge- such um Benutzung an die Centralstelle in Berlin befördern. Wann werden nun auch das achtzehnte und neunzehnte Jahrhundert für die „große Erleichterung“ freigegeben? —

Herr Lieber ist noch nicht genügend umgestalten, noch nicht tief genug. Die Marinopolitische Korrespondenz, die für marineoffiziös gilt, ist mit ihm gar nicht zufrieden. Sie wendet sich namentlich dagegen, daß der Antrag Lieber (§ 7), sobald sich das Geschäft mit den limitierten Mitteln innerhalb der Septennatszeit nicht durchführen läßt, diese siebenjährige Bauphase verlängern wolle. „Doppler ist eine Bestimmung, auf die die Regierung, unserer Auffassung nach, unter keinen Umständen eingehen kann.“ Dieselbe Ansicht vertritt auch die Städtische Post. Allzu tragisch wird man diese Erklärung nicht zu nehmen brauchen, und außerdem ist das Rittergut des Herrn Lieber ja geschmeidig.

Die Centrumsfraktion wird am 7. März zusammentreten, um über die endgültige Stellungnahme zum Flottengesetz, wie es sich bis dahin gestaltet hat, zu beschließen, d. h. um den Kaufhandel zu Ende zu führen.

Die offizielle Centrums-Korrespondenz bringt eine lendenhafte Begründung für die Bewilligung der Vorlage in sechs Punkten. Die lange Begründung läuft auf den Gedanken hinaus: schlüssig ist es schon, aber es könnte schlümmer kommen. Punkt 6 besagt z. B.:

Ein Konflikt bringt furchtbare Gefahren und auf jeden Fall schwere Schäden für die wichtigsten Interessen mit sich. Ob wir aber auf dem Wege eines Konfliktes zu einer besseren und billigeren Lösung der Flottenfrage kommen würden, ist doch sehr zweckhaft.

Auf die Weise kann man schließlich in jedem Falle sich ins Unangenehme ergeben, wenn man eben — Centrum ist —

Um eine gleichmäßige Durchführung der am 1. April v. J. in Kraft tretenen Bestimmung über die Trennung der Geschäftsräume für Butter u. Margarine u. sicher zu stellen, hat der Reichstag die Bundesregierungen ersucht, den Polizeibehörden für die Überwachung des Vorrages der bezeichneten Bestimmung nachstehende Grundätze zur Richtschnur zu machen:

Die Verkaufsstätten für Butter und Buttermarmal müssen, andererseits und für Margarine oder Kunstmargarine, ebenfalls nebeneinander in einem Geschäftsbetriebe festgehalten werden, derart getrennt sein, daß ein unauffälliges Hinüber- und Herübertragen der Ware während des Geschäftsbetriebes verhindert und insbesondere die Möglichkeit, an Stelle von Butter oder Buttermarmal unbemerkt Margarine oder Kunstmargarine dem laufenden Publikum zu verabreichen, thunlich ausgeschlossen wird. Die Entscheidung darüber, in welcher Weise diesen Anforderungen entsprochen wird, kann nur unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Einzellasses und namentlich der Beschaffenheit der dabei in Betracht kommenden Räume erfolgen. Doch werden im allgemeinen folgende Grundsätze zur Richtschnur dienen können:

1. Es ist nicht erforderlich, daß die Räume je einen besondern Zugang für das Publikum besitzen. Es ist vielmehr zulässig, daß ein gemeinschaftlicher Eingang für die verschiedenen Räume besteht.

2. Wenn auch die Scheidewände nicht aus feuerfestem Material hergestellt zu sein brauchen, so müssen sie immerhin einen so dichten Abstand bilden, daß jeder unmittelbare Zusammenhang der Räume, soweit er nicht durch Durchgangsöffnungen hergestellt ist, ausgeschlossen wird. Als ausreichend sind beispielweise zu betrachten abziehbare Wände aus Brettern, Glas, Gement- oder Gipsplatten. Dagegen können Lattenverkleidungen, Vorhänge, weitauswähige Gitterwände, verstellbare Abschlußvorrichtungen nicht als genügend betrachtet werden. Bei offenen Verkaufsständen auf Märkten können jedoch auch Einrichtungen der leichteren Art gebildet werden. Die Scheidewände müssen in der Regel vom Fußboden bis zur Decke reichen und den Raum auch in seiner ganzen Breite oder Tiefe abschließen.

3. Die Verbindung zwischen den abgetrennten Räumen darf mittels einer oder mehrerer Durchgangsöffnungen hergestellt sein. Derartige Öffnungen sind in der Regel mit Thürenverschluß zu versehen.

Die vorstehenden Grundsätze finden sinngemäße Anwendung auf die Räume zur Aufbewahrung und Verpackung der bezeichneten Waren.</

Secretary des St. Raphael-Vereins in Limburg a. d. Lahn, — Dr. v. Gunz, Geheimer Justizrat und Professor in Berlin, — Freiherr Ernst August v. Götter in Sulzbach, — v. Graß, Rittergutsbesitzer in Kleinlitz bei Groß-Schönau, — Dr. Hämmerer, Bergwerksbesitzer in Berlin, — Hermann Hassenklever, Kaufmann in Remscheid (Ehringhausen), — Dr. v. Jacobi, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär a. D. in Berlin, — Dr. A. Fannach, Vorsitzender des Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande (früher Mitglied und Delegierter auf Kongressen der Internationalen Arbeiterassocation), — Kraetke, Direktor im Reichspostamt in Berlin, — Ferdinand Loeisz, Präsident der Hamburger Handelskammer in Hamburg, — Dr. Nocht, Hofarzt in Hamburg, — Dr. Neck, Großkaufmann in Bremen, Paul Billing, Direktor des Exportmustermuseums in Stuttgart. —

Die niedliche Geschichte von der Beanstandung der Steuererklärung des Finanzministers v. Miquel müssen wir leider, schreibt das Berliner Tageblatt, in das Gebiet der Legende verweisen. Ein bekannter Abgeordneter der Linken wollte sich und dem Abgeordnetenhaus das Vergnügen machen, den Finanzminister über diese Angelegenheit zu befragen, erhielt aber, als er die schwarze Umsicht Herrn v. Miquel vorher mitteilte, die Antwort, daß die Sache leider nicht zuträfe. Wäre sie das aber, so hätte der Minister lächeln müssen, so wäre das doch gar nicht schlimm. Denn was sei dabei, daß ein Finanzminister, der sich bei seinen ersten Steuererklärungen zu seinem Nachteil geirrt habe, einmal eine andere Auffassung habe, als eine Veranlagungs- oder Einschätzungscommission. —

Bei der Rekrutenvorberiedigung in Kiel hat der Kaiser in der Ansprache, dem Berliner Tageblatt zufolge, auch auf die Erwerbung von Plautschau hingewiesen. Er erinnerte daran, daß viele brave Seelen mit dem Gedanken an das teure Vaterland und an die Flotte, zu der sie den Eid der Treue geschworen hatten, den Tod in den Wellen gefunden hätten. Viele seien hinausgezogen, um die Interessen des Vaterlandes zu schützen. Denn wo der deutsche Kav. Besitz ergriffen und seine Krallen in ein Land hineingesetzt habe, das sei deutsch und werde deutsch bleiben.

In der Reichstagssitzung vom 28. Februar kam auch das Eisenbahnunglück zwischen Celle und Eschede vom 14. August v. J. zur Erörterung. Vor einigen Tagen war vor dem Schiedsgericht in Bünde über die Ursache dieses Unglücks verhandelt worden. Angeklagt waren der Hilfsbremser Heinrich Brügmann aus Bünde, der Bahnwärter Friedrich Hillner aus Eschede und der Rollfahrerwärter Hermann Mühl aus Celle wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports, fahrlässiger Tötung, Körperverletzung und Meineids. Am Abend des 14. August v. J. entgleiste der von Hannover nach Hamburg fahrende Durchgangszug vor der Station Eschede. Zwei Personenzüge wurden zertrümmert, drei Personen getötet und 26 schwer verwundet. Als Ursache des Unfalls wurde ermittelt, daß an der Entgleisungsstelle eine Schiene eine Einrissung auf etwa drei Meter Länge nach innen enthielt. Diese und weitere Wahrnehmungen ließen die Vermutung aufkommen, daß die Anrissung durch eine Scheibvorrichtung absichtlich hervorgerufen sei. Dazu kam der Umstand, daß der kaiserliche Hofzug etwa eine Stunde vor dem Unfall die Strecke, allerdings auf dem Nebengeleise, passiert hatte. Von Eisenbahminister wurde auf die Entdeckung des Thalers eine Belohnung von 8000 Mark ausgesetzt. Die Hoffnung auf diese Belohnung veranlaßte den Unteroffizier Müller vom Feldartillerie-Regiment Nr. 10 in Celle, der Staatsanwaltschaft mitzuteilen, daß er in der Lage sei, über den Grund des Unglücks nähere Mitteilungen zu machen.

Auf eine Aussöderung hin machte er folgende Angaben: Am Tage nach dem Unglück sei er an der Unfallstelle gewesen und habe dort den Rollfahrer und Kohlenhändler Mühl aus Celle getroffen. Dieser habe ihm erzählt: "Gestern abend kam mein Schwager, der Hilfsbremser Brügmann, wie von Sinnen bei mir an und sagte, er wäre mit dem Güterzug, der dem Durchgangszug begegnete, gekommen. Auf dem zweitgleisigen Wagen wäre Laubholz gewesen, und auf der Strecke nun hätten sie solches verloren. Er habe Notsignale gegeben, aber es habe sie niemand gehört; als sie nach Celle gekommen wären, so das Unglück schon passiert." Diese Angaben standen im Widerspruch mit den eidlichen Ausführungen Brügmanns vor dem Untersuchungsrichter. Es erfolgten nun weitere Untersuchungen, die sich zu den Aussagen vor dem Schiedsgericht verdichteten. In der Verhandlung zog der Unteroffizier Müller seine früheren ganz bestimmten Aussagen, die er in der Voruntersuchung zu Ungunsten des Angeklagten Mühl gemacht hatte, zurück und erklärte, daß vieles, was er dem Angeklagten zugeschrieben, ebenso, aus der Erzählung des Angeklagten geschöppte Schlussfolgerungen seien. Den Sachverständigen legte der Vorsitzende folgende Fragen vor: 1. Hätte der Angeklagte Bremser Brügmann den Kuppelbaum, der vom Güterzug herabfiel und die Schiene an der Schiene des anderen Gleisens verursachte, von seinem Bremserisch aus sehen müssen? 2. Wenn er den Baum verprüft, ohne den Baum zu sehen, was hätte er dann thun müssen? 3. Was hätte der Angeklagte Bahnwärter Hillner tun müssen, wenn er das Winken des Brügmann sah? und 4. als allgemeine Frage: Wäre, wenn dies alles geschehen, das Unglück vermieden worden? Der Sachverständige Geh. Oberbaurat Thelen gab als Antwort: 1. Es sei zweifelhaft, ob Brügmann den Baum gesehen habe. 2. Der bemerkte Baum sei nicht als etwas Außölliges zu betrachten und deshalb brauche keine Meldung erstattet zu werden. 3. Hillner müsse seine Strecke unabdingt abheben, falls er die Beichen des Angeklagten Brügmann sah. 4. Das Unglück wäre nur vermieden worden, wenn Hillner die Strecke abgegangen und dabei den Kuppelbaum gefunden hätte. Die ganze Verhandlung gestaltete sich durchaus zu Gunsten der Angeklagten. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, und der Gerichtshof sprach, ohne sich zurückzuziehen, die Angeklagten frei.

Im westpreußischen Reichstagswahlkreise Nosenberg-Löbau ist der Landrat von Bonin von den vereinigten Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen als Kandidat aufgestellt worden. Der Wahlkreis wird jetzt durch den Polen Dr. v. Nezynowski vertreten. In seiner Kandidaturerede erklärte Herr v. Bonin, er sei selbst Großgrundbesitzer und kenne die Lage der Landwirte. Er habe aber als Landrat nicht nur die Interessen der Landwirtschaft, sondern auch die Interessen aller anderen Gewerbetreibenden wahrzunehmen. Er sei nicht Mitglied des Bundes der Landwirte geworden, weil er es als Beamter für illoyal gehalten habe, Mitglied eines Bundes zu werden, dessen Bestrebungen gegen die Regierung gerichtet gewesen seien.

Dessau, 2. März. Dem anhaltischen Landtag ist eine Novelle zum Vereinsgesetz vorgelegt worden. Sie enthält folgende zwei Artikel: 1. Die volle Verbindungsfreiheit der politischen Vereine mit anderen deutschen Vereinen. Nur mit außerdeutschen Vereinen ist die Verbindung ohne Genehmigung des Staatsministeriums unzulässig. 2. Das Recht der Bugehörigkeit zu politischen Vereinen in Anhalt nicht, wie bisher, nur für Anhaltiner, sondern für alle deutschen Staatsangehörigen.

Mit diesen beiden Verbesserungen ist die Reform aber auch schon leider er schöpft. Die reaktionären Bestimmungen des Ausschlusses der Frauen und Minderjährigen nicht nur aus politischen Vereinen, sondern auch Versammlungen

der Nationalliberalen folgen und für die Vereinigung der Volks mit der Deutschen Partei gegen die Sozialdemokratie zur bevorstehenden Reichstagswahl eintreten sollte, gibt endlich eine klare Antwort. Er schreibt, daß von einem Zusammensehen mit der Deutschen Partei nicht die Rede sein könne, weil diese zu den Konservativen hinneige und nicht nur mit den letzteren, sondern auch mit dem Bauernbund gemeinsame Sache mache.

G. Aus den Reichslanden, 2. März. Unser Diktator-minister v. Puttkamer hat im Landesausschuss klarlich die Behauptung aufgestellt, die von dem vielgenannten Ersteiner Kreisdirektor Peucer anlässlich der 93er Reichstagswahl bestellten erkennbaren Stimmzettel seien gar nicht zur Verwendung gelangt. Nachdem bereits der Klerikale Elßässer die Unhaltbarkeit dieser Darstellung an der Hand eigener Beistände beweist, Peucers nachgewiesen, steht heute auch unser reichsländisches Parteivorstand die sogenannten Ministerworte ins richtige Licht. Es erinnert daran, daß in dem anfangs Juli 1893 dem Reichstag eingereichten sozialistischen Wahlvotest unter Bezeugung abgelehnt war, der Fabrikant Albert Reichardt in Erstein habe am Nachmittag des Wahltages seine Arbeiter in der Fabrik antreten und ihnen Stimmzettel von gleichlicher Farbe einhändig lassen, worauf sie ins Wahllokal geführt und dort von Wahlbeamten bei der Stimmabgabe kontrolliert wurden. Weiter ist das Vorkommen der gelben, auf den Namen des heutigen Unterstaatssekretärs Born v. Bulach lautenden Stimmzettel im Wahlvotest noch ausdrücklich konstatiert für die Orte Nordhausen und Hütteneheim, während zugleich in dem Schriftstück sich die allgemeine Behauptung findet, daß die gelben erkennbaren Stimmzettel in allen Orten zur Verwendung gelangten, in denen Fabrikarbeiter und ähnliche abhängige Leute sich in erheblicher Zahl unter den Wählern finden. — Auf die Puttkamerischen Worte kann sich jetzt also jeder den richtigen Vers machen.

Kleine politische Nachrichten. An Stelle des zurückgetretenen Genossen Habel (Leobschütz) kandidiert für den Reichstagswahlkreis Leobschütz (Oberschlesien) Genosse Hirschmeier (Neustadt). An die Stelle Hirschmeiers, der für den Wahlkreis Groß-Strehlitz-Kotel kandidierte, ist F. Wolny (Breslau) getreten. — Die Times melden vom 27. Februar aus Odessa: Der britische Botschafter in Sebastopol wurde vor einigen Tagen auf einem Spaziergangen ermittelt, daß die Polizeibehörde die sofortige Untersuchung und Freigabe zusagte, falls der Empfänger die Kosten der Untersuchung tragen wolle. Da aber der Empfänger die Kostenübernahme verweigerte, so mußte der Betrieb der Zuckfabrik, für die die Sendung bestimmt war, eingestellt werden, und die Sendung ist bis zur Stunde noch nicht freigegeben. Trotzdem also das Verbot der Einführung von amerikanischem Obst nur von frischem Obst und Obstsaftlappen spricht, dehnen die Polizeibehörden es auf gedörrtes Obst aus, bei dem, namentlich in Ansehung seiner Verwendung, doch von der Gefahr einer Verbreitung der San Jose-Schildlaus keine Rede mehr sein kann.

Worms, 2. März. Der Bolaprozeß wird in Deutschland ein Nachspiel haben. Ein hiesiger Rechtsanwalt glaubte, daß die Art und Weise, wie die Wormser Zeitung den Bolaprozeß beprach, eine ungerechte und namenlich den Stand der Verfeindeten beleidigende gewesen sei. Er erließ deshalb in den Lokalblättern an die Redaktion der Wormser Zeitung einen offenen Brief, worin er den angegriffenen Labori in allerdings sehr kräftigen Worten in Schuß nahm. Zum allgemeinen Erstaunen aber rief in dieser Angelegenheit die Wormser Zeitung das Gericht an. Das Blatt wird, wie es schreibt, "nicht etwa, weil es für die angegriffene Person (Mebotter) notwendig wäre, sondern lediglich im Interesse des Standes der Journalisten dem betr. Herren ein kleines Nachspiel vor dem großherzoglichen Schlossgericht bereiten".

# Aus der Pfalz, 2. März. Während die Nationalliberalen immer noch in trügerischer Ruhe verharren und auch nicht die geringsten Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen treffen, ist der Bund der Landwirte bereits unermüdlich an der Arbeit. Ohne die Liberalen lange zu fragen, sagt er die Kandidaten fest. So haben dieser Tage Vertrauensmänner des Bundes im pfälz. Wahlkreis (Landau-Germersheim) den liberal-agrarischen Wahlzettel aufgestellt. Wollen die Nationalliberalen kein ähnliches Fiasko erleben, wie in Homburg-Kœnig, so müssen sie wohl über die Kandidatur unterstützen. So wird ein alter Nationalliberaler nach dem anderen abgesetzt.

■ München, 2. März. Gleich bei Beginn der heutigen Kammeröffnung nahm Herr v. Felthys das Wort zur Erwiderung auf die gestrige "Gendarmen-Medie" unseres Genossen v. Pollmar. Die Gendarmen seien im großen und ganzen zufrieden, sowohl mit ihren Verhältnissen im allgemeinen, als auch bezüglich ihres Verhältnisses zu den Offizieren. Wenn nur einseitige Klagen vorgetragen würden, die momentan nicht geprüft werden könnten, so hätten diese Klagen nur wenig Wert. Bezüglich der Landgendarmerie huldigt der Minister der Innern, daß die militärische Organisation aufrecht erhalten bleibt. Die Befreiungsmänner hätten schon so viel zu thun, daß man ihnen die Gendarmerie ohne eine Schädigung des Instituts nicht auch noch unterstellen könnte. Man könne mit der Gendarmeriemannschaft im allgemeinen zufrieden sein, und alle sollten dazu beitragen, die unter der Gendarmeriemannschaft herrschende Zufriedenheit zu erhalten.

Diese allgemeinen und nichtsagenden Redewendungen waren wenig geeignet, die erhobenen schweren Vorwürfe auch nur einigermaßen zu entkräften, und treffend führte unser Genosse Segitz der Polizeiexcellenz zu Gemüte, daß das von Pollmar vorgebrachte Anklagematerial seitens einer Anzahl von Redactoren durch eine Reihe von Beschwerden noch ergänzt wurde. Wir sind dadurch, so erklärte Segitz, zu der Anschauung gekommen, daß es noch viel schlimmer steht, als von uns behauptet wurde. Der Minister selbst habe die Berechtigung der verschiedenen Beschwerden nicht bestreiten können.

München, 1. März. Die bayerischen Gefängniszustände, die in letzter Zeit infolge von Veröffentlichungen der Münchener Post oft Gegenstand von Erörterungen gewesen sind, werden wieder einmal vorzüglich illustriert durch eine Nachricht aus Regensburg.

Ein im dortigen Amtsgerichtsgefängnis wegen Bettelns und Bandstreicherei inhaftierter etwa 12 Jahre alter auswärtiger Knabe nahm sich die Entfernung so zu Herzen, daß er Tag und Nacht aus Leibeskräften weinte und um Hilfe schrie. Alle Beschwichtigungen des Richters waren erfolglos. Der Knabe bekam einen Tobsuchtaufstand und mußte, laut Regensb. Anz., in die Irrenanstalt Karthaus-Brüll überführt werden.

■ Stuttgart, 2. März. Die Aussichten der Mischmaschpolitik in Stuttgart haben sich etwas verschlechtert. Der Vorachter, der lange schwankte, ob er den Sammlungsklockungen

### Frankreich.

Ein orleanistisches Wahlmanifest. — Die Advokaten auf dem Panche vor dem Generalstab.

# Paris, 1. März. Vor einigen Monaten hatte der Thronpräsident, der Herzog von Orleans, in einem öffentlichen Handschreiben sich an das Monarchie Republik "ralliert". Dieser Tage erließ er durch den Mund seines Ministerpräsidenten, des Herzogs de Luques, ein Wahlmanifest, worin die Monarchisten zur Mäßigung aufgefordert werden — im Interesse der Wiederherstellung der Monarchie. In früheren Jahren waren die Kundgebungen des Präsidenten völlig belanglos. Ganz anders, seitdem das Kabinett Méline von Gnaden der offenen und verspielter Monarchisten lebt und namentlich seitdem die letzten Vorgänge die Republik dem Klerikalismus und antirepublikanischen Generalstab ausgeliefert haben.

Dementsprechend ergreift sich das Wahlmanifest in der Ausmalung der Schönheiten der Monarchie, ihrer Vorteile für die heilige Armee und die Sache der Ordnung überhaupt. Der Thronpräsident verspricht ferner den geschmeidigen Beamten, Diplomaten und sogar Parlamentariern der Republik, sie im Dienste der Monarchie beizubehalten. Der Weg zur Wiederherstellung der Monarchie ist die Mäßigung an die Monarchie Republik. Der Gedanke ist keineswegs so toll, wie er auf den ersten Blick erscheint. Die gegenwärtige Austerrepublik unterscheidet sich von der orleanistischen parlamentarischen Monarchie eigentlich nur durch die Wahl des Staatsoberhauptes. Gelingt es in den Kammerwahlen, eine Mehrheit von orleanistisch-molisistischer "Republistauer" zu erfinden, dann ist das meiste für die Wiederherstellung der Monarchie gelöst.

Dennoch empfiehlt der Präsident die zwieschlächtige Taktik, in den treu gebliebenen monarchistischen Wahlkreisen den Kampf im Namen des Königs zu führen und anderwärts unter republikanischer Flosse zu kämpfen — sei es selbstständig, sei es als Hilfsparte der Regierungskandidaten. Und da Méline seinerseits die monarchistischen Kandidaten unterstützen wird, während der Klerus auf Anweisung des Papstes molisistische und orleanistische Kandidaten mit gleicher Liebe umfaßt, so erscheinen die Aussichten der antirepublikanischen Koalition ziemlich gesichert.

Die Kundgebungen für den Generalstab dauern fort. Am eifrigsten kriechen vor dem Säbel die Advokaten. Aus zahlreichen Städten laufen Huldigungs- und Glückwunschkarten des Barreaux (Advokaten-Korporation) ein. Die Advokaten der Stadt Mars versichern ihrer "Achtung, Sympathie und ihres Vertrauens" speziell den — General Mercier, den eisernen Urheber des Justizverbrechens im Dreyfus-Prozeß! Der Metzger im Weltkriegsgebürtig wohl dem Advokaten vorstand von Nancy, der beschlossen hat, an der ersten Sitzung des dortigen Kriegsgerichtes im Anzugkleide teilzunehmen . . . Durch diese Kundgebungen wollen die Männer des Gesetzes das Verbrechen der Labou, Clémenceau und Demange, das Recht wider die Gewalt verteidigt zu haben, wieder gut machen.

### Nachlässe vom Panama- und vom Zola-Prozeß.

Paris, 2. März. Der Schiedsgerichtshof verhandelte heute gegen Maquet in der Panama-Angelegenheit. Die Verhandlung ereigte keinerlei Interesse. Der Saal war fast leer. Maquet war bekanntlich zur Zeit der Verhandlung des Prozesses, in dem die übrigen Parlamentarier freigesprochen wurden, nach London geflohen.

Zur Senatsgruppe der Union Républicaine hielt Senator Guyot, der den Vorach übernahm, eine Rede über die Notwendigkeit, die Republik gegen die Klerikalen und Boulangisten zu verteidigen. Guyot führte aus, der Zola-Prozeß habe es zu Wege gebracht, daß sich die Partei finde und zusammenziehe. Man habe "Tod den Juden" geschrieben, morgen werde man "Tod den Protestant" rufen. Der Klerikalismus habe die schimpflichen Beleidigungen, die man schon geschwunden wähnte, wieder geweckt.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

# Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Freitag den 4. März abends 1/2 Uhr

## Große öffentliche Versammlung

im Saale der Gesellschaftshalle zu L.-Lindenau.

Tagesordnung: 1. Die soziale Gesetzgebung in Deutschland. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Referent: Reichstagsabgeordneter Franz Hofmann.

Kollegen! In Abetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, eine lebhafte Agitation für guten Besuch zu entfalten.

Das Agitationskomitee der Metallarbeiter 2. West.

# Holzarbeiter

der Maschinenfabriken.

Freitag den 4. März abends 1/2 Uhr

## Öffentliche Versammlung

im Saale des Felsenkellers in Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die moderne Entwicklung der Industrie und die Arbeiter. Referent: Herr K. Schulze. 2. Die Lage der in den Maschinenfabriken beschäftigten Holzarbeiter. 3. Gewerkschaftliches.

Wir fordern die Holzarbeiter des Westens ganz besonders auf, zahlreich zu erscheinen.

1974]

Das Agitationskomitee.

Amerikan. Zahn-Arbeiter.

Begr. 1863

Leipzig, Universitätsstraße 2

Halle a. S., Steinweg 27.

2 Mit.

Kunstl. Zähne

an.

Kronen- und Brückenarb. Stiftzähne u.

Spezialität: Ganz Gebisse,

Gebisse ohne Gaumen,

Rutanteile Zahngewölbe.

Schmerzloses Zahnzischen 1.50 Mark.

Schmerzloses Plomb. von 1 Mark an.

Alle unbrauchbare Gebisse werden

tadellos umgearbeitet.

# Kunst-

Zähne von 2 Mk. an.

Neue elektrische Apparate

Plomben, Operationen schmerzlos.

**Georg Leo**

Reichsstraße Nr. 29/31, II.

Neugebauer, adad. gebild. stadt. nicht ge-

prüft. Kraft. b.

Homöopathie u. Naturheilmethode,

schärfer an Dr. Wilm. Schwabes Poliklinik,

heißt n. Langj. Erf. gr. Geschlechtskrankh.

b. d. u. Fr. Blasen-, Nieren-, Magen-,

Darm-, Hals- u. Nervensel., Rheumat.,

Milchfunkt. Grimm. Str. 21, II. Spezial.

9—2,5—8. Sonnt. 10—11 Uhr. anzuw. breit.

Steter Eingang patentierter

Neuheiten in:

**Gummi-**

Waren zur Gesundheitspflege

in bester Qualität bei

**Frau Auguste Graf**

allein noch Nikolaistr. 4.

Preislist. nur geg. Freikonvert. nicht postl.

**9 Mk. 25 Pfg.**

Erstlingsansstattung.

eine komplette Erstlingsansstattung.

6 Hemdenchen 1 Steckbettchen

6 Jübenchen 1 Steckbettchenbezug

6 bunte Windeln 1 Wagenkissen

3 Baroch-Windeln 1 Wagenkissenbez.

1 Wickeleinhorn 1 Leder

A. Berjak, Münchner Str. 22.

Kinderwagen mit Decke Mk. 15.—

Sportwagen . . . Mk. 6.—

Leiterwagen . . . Mk. 3.—

Reisekörbe . . . Mk. 3.50

Kinderkörbe . . . Mk. 3.—

Tragkörbe . . . Mk. 2.75

G. Boesecke, Lindenau.

Querstr. 4.

Gut und solide gearbeitete Möbel,

Spiegel und Polsterwaren

auch Teilezahlung

Tapeten, Auspolstern von Sofas

und Matratzen, in und außer dem

Hause bei langjähriger Garantie.

Karl Uhlig, Plaßmardsdorf.

6042] Konradstraße 51.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfohlen

E. Kriebler, 2. Plagwitz

Weihenleiser Str. 61, Ecke Mühlenerstr.

NB. Abonnements auf die Volkszeitung

werden jederzeit entgegen genommen.

Einige Gebett Bettchen

zu verkaufen

Nürnberg, Str. 22, p.

## Sänger-Abteilung

des  
Arbeitervereins Thonberg-Neuenditz.

Sonnabend den 5. März 1898

im Albertgarten zu L.-Anger

# Liederabend

mit **Ball.**

Eintritt 1/8 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. Programm 25 Pg.

Genossen und Gönnner des Vereins laden freundlich ein. D. v.

Paunsdorf, Restaurant zur Börse

Friedrichstraße 25.

[1898]  
Sonntag Letzter Beckschnitt. Stattlich gratis.  
Hierzu empfehle ich. Wohlwollen und Speisen.  
Freundlichem Aufpruch steht entgegen Richard Zöllner.

oooooooooooooooo

# § 11. § 11.

Einem geehrten Publikum, sowie allen werten Bekannten und Nachbarn zur ges. Kenntnisnahme, dass ich das Emilienstraße 38 gelegene

## Restaurant u. Café § 11

käuflich übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch Verabreichung nur bestgepflegter Getränke und vorzüglicher Speisen mir das Wohlwollen aller mich beeindruckenden Gäste zu erwerben.

Zum Ausschank gelangt:

**f. Lager der Brauerei F. A. Ulrich**  
echt. Bayerisch, Gose u. Berliner Weisse.

Indem ich bitte, mich durch recht zahlreichen Zuspruch unterstützen zu wollen, zeichne Hochachtungsvoll

Ferdinand Eberlein.

oooooooooooooooo

Restaurant O. Schindler Kräftiger Mittagstisch bei uns. Unterhaltung zu 50 Pg.

Sternwartenstraße 18. intl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

## Restaurant Kaufhalle

Zimmerstraße L.-Plagwitz Zimmerstraße.

Jeden Freitag und Sonnabend Pökel-Schweinsknödel mit Klößen und Sauerkraut.

[1898] Jeden Freitag und Sonnabend allgemeiner Skatabend.

Hochachtungsvoll Eugen Schubert.

**Restaur. z. Börse, Stötteritz**

Freitag den 4. März Pfannkuchen-Schmaus.

1978] Gustav Friedler.

## Geschäfts-Eröffnung.

Meinen werten Freunden, Nachbarn und Bekannten hierdurch zur gefälligen Kenntnis, dass ich Sonnabend den 5. März d. J. in B.-Steinschöner, Hauptstraße 8, ein

[1996] eröffne. Das mit bisher gesuchte Wohlwollen bitte auch fernerhin meinem neuen Geschäft zu teilen werden zu lassen.

E.-Steinschöner, Alberstr. 22 und Hauptstr. 8.

Hochachtungsvoll August Schneider.

oooooooooooo

## Konfirmandenanzüge

in grösster Auswahl

von 6 Mark an bis zu den feinsten

empfiehlt

[1971]

## J. Lilienthal

Leipzig-Plagwitz

Nr. 18 Zschochersche Straße Nr. 18.

oooooooooooo

## Schuhe u. Stiefel

fand man reell und billig im Schuhwarenlager von

Ernst Enghardt, Körnerstraße 13.

oooooooooooo

## Culmbacher Brauhaus

Petersstraße 12. Petersstraße 12.

Heute und folgende Tage 2. grosses Bockbier-Fest

verbunden mit Konzert.

Der Biervater.

1998]

Verantwortlicher Rebsakteur: Richard Illge in Leipzig.

Dru. und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

# Beilage zu Nr. 51 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, den 3. März 1898.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

## Oesterreich-Ungarn.

### Das Ende der Landtagssession.

f. s. Der böhmische Landtag hat gestern seine Thore geschlossen. In zahlreichen anderen Provinzen ist das vielstimmige Konzert, das wochenlang die Spalten der österreichischen Presse füllte, gleichzeitig oder schon früher verstummt; von den politisch interessanteren Ländern sieht nur Niederösterreich seine gemütlichen Schimpfdebatten weiter fort.

Es ist natürlich unmöglich, die endlosen Debatten von vierzehn geschwätzigen Gesellschaften in ein paar Worte zusammenzufassen. Man beschäftigte sich meist mit agrarischen Fragen, da unsere Landtagsabordnungen die Landwirtschaft treibende Bevölkerung — besonders natürlich den Großgrundbesitz — politisch bevorreichten. Aber auch auf diesem Gebiete beschränkten sich die Verhandlungen auf gegenseitige Anpreisungen der bezeichneten "kleinen Mittel" und blieben stets in dem seichtesten Fahrwasser.

Das politisch hervorstechendste Moment der Landtagssession war die Beschlussfassung des böhmischen, galizischen und dalmatinischen Landtages auf Absendung föderalistischer Adressen an den Kaiser. Damit hat die sogenannte Parlamentsmehrheit einen schumäglichen Versuch zur Vermittelung ihres Programms gemacht. Ihr steht nicht nur die Regierung gegenüber, die in ihrer im böhmischen Landtag abgegebenen Erklärung den Standpunkt der Föderalisten verwarf, nicht nur die deutschbürgerliche Opposition, die in der politischen Einheit aller Deutschen Österreichs ein mächtiges Werk zur Erhaltung ihrer Stellung erblidet — auch das Industrieproletariat, die Massen der sozialdemokratischen Reichsratswähler muß sich gegen die Machterhöhung der Landtage mit aller Kraft ausspielen, so lange diese nicht aufhören, die Geschäftsträger des Großgrundbesitzes zu sein.

Die Herren in den Landtagen haben das wohl gefühlt, daß man den Föderalismus, die Bundesregierung, nicht populär machen kann, so lange er mit dem Feudalismus, der Adelsregierung, gleichbedeutend ist. Zu allen Landtagen waren umfassende Wahlreformen in demokratischem Sinne auf die Tagesordnung gestellt und zum Teil vom Haft verkündet worden; nirgends indes ist es wirklich zu einer ernsthaften Aenderung gekommen.

So beschränkt sich der Wert der ganzen Landtagssession darauf, Herrn v. Gauthier für ein paar Monate über die Verlegenheit geholfen zu haben. Ob sie mit der Erhaltung dieses Ministeriums Oesterreich einen Dienst geleistet hat, ist eine andere Frage.

### Die Wiedereröffnung des Reichsrates.

Wien, 3. März. Die Vorbereitungen zur Wiedereröffnung des Reichsrates sind beendet. (?) Der Kaiser trifft morgen früh hier wieder ein. Unmittelbar darauf wird die neue Sprachenverordnung erlassen sowie die Einberufung des Reichsrates erfolgen. Die Deutschen werden sofort nach Konstituierung des Abgeordnetenhauses den Dringlichkeitsantrag auf gesetzliche Regelung der Sprachenfrage in Oesterreich einbringen. Ein Teil der Rechten will den Dr. Ebenhoch von der katholischen Volkspartei zum Präsidenten wählen, während die Polen nach wie vor für den ehemaligen Minister Vilinski agieren.

### Italien.

#### Aufnahme des Gesetzes über die Emissionsbanken. — Geburtsfest des Papstes.

Rom, 2. März. Der Senat hat in geheimer Abstimmung mit 71 gegen 16 Stimmen den Gesetzentwurf über die Garantien und die Sanierung des Notenumlaufs der Emissionsbanken in der von der Deputiertenkammer angenommenen Fassung genehmigt.

Der Papst, der heute sein Geburtsfest und den Vorabend des Jahrestages seiner Krönung bei ausgezeichneter Gelindheit feiert, empfing im Thronsaal die Kardinäle, Bischöfe, Prälaten und andere Persönlichkeiten, deren Glückwünsche durch den Kardinaldekan ausgesprochen wurden. In seiner Antwort erinnerte der Papst an die Kundgebungen, die bei Gelegenheit seiner priesterlichen und pontifizalen Jubiläen, nämlich am 13. Februar in der Basilika des Battians stattgefunden hätten und wo Millionen italienischer Herzen mit den Bitten der Anwesenden eins gewesen seien. Es sei schmerzlich, daß man die Abhängigkeit verkenne, die Rom, der geistliche Metropole, der Verwahrerin göttlicher Offenbarungen, der Spenderin des

Heils entgegengebracht werde. Über um das Papstium über diese Krankungen zu trösten, nähre Gott um so mehr die Liebe zum Papstium in Italien und in der ganzen Welt. Diejenigen, denen das öffentliche Wohl am Herzen liege, müßten das Wiedererwachen des Glaubens und die Liebe zum Papstium fördern.

### Spanien.

#### Herabsetzung des Getreidezolls.

Madrid, 2. März. Im Ministerrate wurde über die Getreidesteuerung beraten. Es wurde beschlossen, den Eingangszoll für Getreide auf 6 Pesetas (= 4,80 M.) für das Hektoliter herabzusetzen, solange der Getreidepreis höher als 12,50 Pesetas für das Hektoliter ist.

### Numänen.

#### Konvertierung der Staatschuld.

Bukarest, 2. März. Die Deputiertenkammer hat einstimmig mit allen 92 Stimmen den Gesetzentwurf über die Konvertierung von 446 Millionen der öffentlichen Schulden angenommen.

### Griechenland.

#### Die Freude nach dem Attentat. — Die neue Anleihe.

Athen, 2. März. Heute mittag empfing der König, umgeben von der königlichen Familie und dem gesamten Hofe, im Thronsaale die Mitglieder des diplomatischen Corps, die erschienen waren, um die Glückwünsche ihrer Souveräne und Kabinette sowie ihre eigenen ausdrücklich der glücklichen Errrettung des Königs darzubringen. Der Doyen des diplomatischen Corps gab der Entstaltung des diplomatischen Corps über das schändliche Verbrechen sowie der Freude über die glückliche Errrettung des Königs und der Prinzessin Marie Ausdruck. Der König dankte bewegt und hob hervor, daß Vorommnis stehe vereinzelt da; bei den großartigen und loyalen Kundgebungen habe er sein Volk kennen gelernt.

Das Volk hätte der König wohl schon lange kennen sollen. Aber es muß für einen Herrscher freilich eine große Freude sein, sein Volk kennen zu lernen, wenn zwei fragwürdige Subjekte mit zitternden Händen Gragewehre abgesenkt haben, eine Grube voll Dynamit gefunden worden ist und das Volk über die glückliche "Errrettung" jubelt.

Nach einer Mitteilung des Berliner Lokal-Anzeigers haben die Gewerke Athens vor dem königlichen Schloß eine großartige Kundgebung veranstaltet.

Eine offizielle Mitteilung der Regierung besagt, daß Frankreich, England und Russland die ihr zu leistende Garantie auf fünf Millionen Pfund Sterling für die neuen Anleihe, deren Zinsfuß 3% Prozent sein werde, ausdehnen.

### Kreta.

#### Kleine Kämpfe.

Aanea, 2. März. (Meldung der Agentur Havas.) Die Auseinandischen gaben Gewehrschüsse auf ein türkisches Raik (Guderboos) ab, das sich auf der Fahrt von Spinalonga nach Kandia befand. Ein anderes Raik mit 4 türkischen Artilleristen und 2 Matrosen, das dieselbe Reise mache, ist verschwunden. Oberst Chermida hat ein Boot abgesandt, um Nachforschungen nach dem Raik anzustellen, es ist indessen nichts entdeckt worden. Man glaubt, daß das Raik von türkischen Raiks genommen worden ist.

### Brasilien.

#### Präsidentenwahl.

Rio de Janeiro, 2. März. Soweit die Ergebnisse der Präsidentenwahl bisher bekannt geworden sind, ist, wie von vornherein angenommen wurde, Campos Salles mit großer Mehrheit zum Präsidenten und Rosa Silva zum Vicepräsidenten gewählt. In Rio de Janeiro hat sich die Opposition an der Wahl nicht beteiligt.

### Die Flottenvorlage in der Budgetkommission.

In der Budgetkommission wurde am 2. März in die Spezialberatung der Flottenvorlage eingetreten.

Eine längere Diskussion führte sich zunächst an folgenden vom Abg. Müller-Zulda (Centr.) zu § 1 gestellten Antrag:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Nachweis darüber zu geben, welche einmaligen Ausgaben voraussichtlich erforderlich werden a) infolge der bereits stattgehabten Erhöhung des Personal-

standes der Marine einerseits, b) infolge der durch das Flottengesetz geplanten Vermehrung des Personalstandes um 7073 Personen und des Schiffsbestandes: 1. für Kasernen und Geräteausstattung, 2. für Krankenhäuser, Lazarette, Waschanstalten u. s. w., 3. für Unterkunftsanstalten, Garnisonen und Seelsorgeeinrichtungen, 4. Bureau- und Verwaltungsgebäude, Speiseanstalten, Arrestanstalten, 5. Werkstätten, Schiff- und Maschinenbau- und Reparaturanstalten, 6. Arbeiterkolonien, 7. für Wasserleitung, Kanalisation und sonstige sanitäre Einrichtungen, 8. für Lagerplätze, Heizungsmaterialien, Vermehrung der Kohlenbestände, 9. Bahn-, Gleise und Beleuchtungsanlagen, 10. für Trockendocks, Hafenbauten, Wasserfahrzeuge, Dampfsprühne, 11. für Erdgas- und Reservebestände an Waffen, Kriegsbedarf, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für die Rechnungsjahre 1898 bis 1904.

Der Referent Dr. Lieber befürwortet die Annahme der Vorlage nach der Fassung, die von beiden Referenten vereinbart und von uns bereits mitgeteilt ist. Doch ist der Antrag seit voriger Sitzung abgeändert worden, so daß nunmehr statt des einen § 7 folgende drei Paragraphen vorgeschlagen werden:

S 7. (Sonstige Ausgaben): Alle forbauenden und einmaligen Ausgaben des Marineteats, hinsichtlich deren in diesem Gesetz keine Bestimmungen getroffen sind, unterliegen der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat nach Maßgabe des Bedarfs. § 8. (Kosten): Während der nächsten sieben Rechnungsjahre (1898 bis 1904) ist der Reichstag nicht verpflichtet, für sämtliche einmalige Ausgaben des Marineteats mehr als 471 200 000 M., und zwar für Schiffsbauten und Arbeiten nicht mehr als 410 800 000 M. und für die sonstigen einmaligen Ausgaben nicht mehr als 60 000 000 M., sowie für die fortdauernden Ausgaben des Marineteats nicht mehr als die durchschnittliche Steigerung von 420 000 M. jährlich bereit zu stellen. Soweit sich in Gemäßheit dieser Bestimmung das Gesetz bis zum Ablauf des Rechnungsjahrs 1904 nicht durchführen läßt, wird die Ausführung bis über das Jahr 1904 hinaus verzögert. § 9. Soweit die Summe der fortdauernden und der einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung in einem Etatjahr den Betrag von 117 525 494 M. übersteigt, und die aus den heutigen Steuern und Zollgesetzen dem Reiche zustehenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen, ist der Mehrbetrag durch Matrikularkarträge aufzubringen. Bundesstaaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer erheben, haben statt der aufzubringenden Matrikularkarträge einen Zuschlag zur Einkommensteuer von denjenigen Steuerpflichtigen, welche ein Einkommen von 10 000 M. und mehr beziehen, für das Reich zu erheben. Der Einheitszoll dieses Zuschlags zur Einkommensteuer beträgt für je 100 M. des Jahreseinkommens von 10 000 M. bis einschließlich 50 000 M. 0,25 M.; von 50 000 bis 100 000 M. 0,50 M.; von 100 000 bis 200 000 M. 0,75 M.; von 200 000 M. und mehr 1,00 M. Durch das Reichshaushaltsgesetz wird bestimmt, wieviel Prozente des Einheitszolls zur Erhebung kommen sollen. Der Prozentsatz ist so zu bemessen, daß das zu ermittelnde Ertragsziel der Zuschlagssteuer dem Betrag an Matrikularkarträgen gleichkommt, welche von der Gesamtheit der die Zuschlagssteuer erhebenden Bundesstaaten aufzubringen sein würde. Für die Veranlagung und Erhebung der Zuschlagssteuer sind die landesrechtlichen Vorschriften über Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer maßgebend.

Nach fast zweistündiger Geschäftsförderungsdebatte kommt man auf Vorschlag des Abg. Müller-Zulda und Abg. 3 des § 1, der die Bereitstellung der Mittel betrifft, erst bei § 7 zur Verhandlung und Entscheidung zu bringen.

Bei der Abstimmung über § 1 wird sodann Abg. 1 des § 1 und Abg. 2 des § 1 mit 21 gegen 7 Stimmen in der Fassung des Antrags Lieber angenommen, nachdem in beiden Abstößen die Panzerkanonenboote gestrichen sind. Es lauten also die beiden Abstöße wie folgt:

1. Der Schiffsbefond der deutschen Flotte wird, abgesehen von den Torpedobooten, Schulschiffen, Specialschiffen und Kanonenbooten, festgesetzt auf: a) Verwendungsbereit: 1 Flottilleflaggschiff, 2 Geschwader zu je 8 Linienschiffen, 2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen, 6 große Kreuzer und 16 kleine Kreuzer als Aufklärungsschiffe der heimischen Schlachtkiste, 8 große Kreuzer und 10 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst; b) als Materialreserve: 2 Linienschiffe, 3 große Kreuzer, 4 kleine Kreuzer. 2. Von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen kommen auf diesen Sollbestand in Anrechnung: Als Linienschiffe 12, als Küstenpanzerschiffe 8, als große Kreuzer 10, als kleine Kreuzer 28.

Gegen die beiden Abstöße stimmten die Vertreter der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei, die Sozialdemokratie und die Polen.

Nunmehr wird Abg. 3 des § 1 zur Debatte gestellt, der nach dem Vorschlag der Referenten lautet:

Die Bereitstellung der Mittel für die zur Errichtung des Sollbestandes erforderlichen Neubauten unterliegt der jährlichen Fest-

verehrern zu diesen symbolistischen Verirrungen ihres Herrn und Meisters?

Die gestrige Ausführung der Friedland-Katastrophe zeigte ein ganz anderes Gesicht als wenige Tage zuvor die der Piccolomini. Die Sprache fast aller Darsteller klang natürlicher, das ganze Spiel war schlüssiger und frischer. Bei einigen Rollen, wie namentlich beim Obersten Wrangel des Herrn Steinhau, den ich noch niemals so ungeziert spielen sah, und bei dem Pappenheimischen Geistreiter des Herrn Feistel merkte man deutlich die Akademische Schule. Ich freue mich, nach dem herben Tadel, den ich das letzte Mal auferhob, wieder einmal loben zu können, und will mir hoffen, daß die stilte Arbeit unseres Oberregisseurs recht viele solche Bildnismünzen werfen werde. Freilich darf man von einem Regisseur nichts Unmögliches verlangen. Wer z. B. Herrn Adler zumute, Herrn Krause, der gestern wieder den Octavio verballhornte, den Biedermann, oder Herrn Otto, der den unglücklichen May überwarf, das sinnlose, falschbetonte Schönreden abzugewöhnen, der verdiente ausgeschlagen zu werden. Dagegen hat Herr Weicker wieder bewiesen, was Fleiß und Verstand auch bei mäßiger Schauspielerischer Begabung erreichen können. Sein Wallenstein war lange nicht so zerkaut wie jüngst in dem Piccolomini, und die Monologe wurden wenigstens korrekt gesprochen. Von der überwältigenden Persönlichkeit des Friedländer spricht man freilich so gut wie nichts. Unter den Generalen war es wieder der Iosafat des Herrn Müller, der sich durch die überaus charakteristische Haltung und die dialektische Färbung der Sprache vortrefflich von seinen Kameraden unterschied, während der Buttler des Herrn Körner, der nicht über angelegt war, sich die Rolle vielfach durch allzu lang gezeigte Pausen verdarb. Eine biedere Soldatenatur, der alle Falschheit in der Seele verbirgt, stellte Herr Thiele in dem Egerton-Kommandanten Gordon auf die Bühne. Als schwedischer Hauptmann hatte Herr Taeger Gelegenheit, seine Dramatik in besten Worte zu zeigen. Dagegen trug der Seit des Herrn Probst wider Willen einen komischen Anstrich. Unter den Wallensteinischen Damen war Frau Weigel (Drauzin) zu gepräzter weinreicher, während Tel. Mancke als Gräfin Terzly sich redliche Mühe gab, in ihr gewöhnliches Zambergeschäule etwas Aneweckung zu bringen. Sehr erfreulich spielte Tel. Rudolphi (Thella) die Scène mit dem schwedischen Hauptmann. Nur schade, daß alle Schauspielkunst der Welt nicht im stande ist, die unfreiwillige Komik des Schlussverses: „Das ist das Los des Schönen auf der Erde.“

### Kleine Chronik.

Leipzig, 3. März.

Neues Theater. (Gastspiel der Signorina Franceschina Prevost. La Traviata von G. Verdi.) Es gibt kaum einen unglücklicheren Opernstoß als die Schwindsucht, und wenn z. B. Richard Wagner es gewagt hätte, eine Heldin auf die Bühne zu bringen, die vor den Augen des Publikums ihre Seele ausstutzt, so kann ich mir vorstellen, wie sehr die Wähler des Schönen gesetzet haben würden; wurde doch schon über den sterbenden Tristan und den fränkischen Amfortas genug lamentiert. Aber man mag sagen was man will, der jüngere Dumas war ein genialer Dramatiker und in seiner Art ein Vorläufer der modernen Realisten; und seine Cameliedame — so viel sich im einzelnen auch daran aussehen läßt — ist ein wirkungsvolles Bühnenstück. Stark dramatische Stoffe haben aber aus Verdi — den italienischen Wagner, von jener die größte Anziehungskraft ausgeübt, und so hat er sich denn auch des modernen Stoffs der Cameliedame bemächtigt, um sie als La Traviata (Die Gefallene, Verirrte) auf die Opernbühne zu bringen.

Ein Italiener konnte sich leichter an einen solchen Stoff heranwagen als ein Deutscher; denn er braucht nicht wie dieser in seiner Schlußberung die ganze Tiefe der Gefühlswelt im Orchester aufzudrängen, er schildert durch die Melodie, und Verdi ist der unerreichte Meister der realistisch malenden Melodie. Er faßt den ganzen Charakter der Schwindsüchtigen, den merkwürdigen Optimismus, die ewige Hoffnungstreidigkeit, den feindseligkeit sentimentalen Zug, das rasche Auflodern und das plötzliche Verfagen der Kraft, das rührende Hinterher und Bergholen in seine Melodien zusammen; und wie wahr er hier schildert, das erkennt man erst, wenn man die Rolle von einer italienischen Darstellerin hört, die nicht Koloratursängerin, sondern im besten Sinne des Wortes Künstlerin ist. Franceschina Prevost. Ihre Orgeln über die erste Jugendstufe hinaus, es besitzt wenig Kläng, wenig eigentlichen Tonkörper. Dennoch aber weiß die Sängerin, dank ihrer unvergleichlichen Schule, Wunder damit zu wirken, und es gewährt einen hohen Genuss, wieder einmal eine echte italienische Vollkünstlerin zu hören. Es sind nicht nur die schönsten Gesänge, die uns gesungen nehmen, es ist auch der eigent-

liche musikalische Ausdruck, der jede Note zu richtiger Geltung bringt, der die Absicht des Komponisten überall in der denkbaren bestens Art verwirklicht und die dramatischen Situationen trefflich zu malen versteht. An der Prevost kann man auch sehen, welche charakteristischen Wirkungen die italienischen Sänger durch die freie Behandlung des Tempos — das sogenannte tempo rubato — erzielen. Die Rolle der Violetta verlangt aber nicht nur eine virtuose Sängerin, sondern auch eine vollendete Darstellerin. Franceschina Prevost ist eine Darstellerin ersten Ranges, wie sie auf der Opernbühne selten angetroffen wird. Sie erinnert manchmal geradezu an die beste Darstellerin dieser Rolle in dem Dumassischen Drama an Sarah Bernhardt. Das sind dieselben fließenden Bewegungen, derselben Neigungen und Drehungen des Oberkörpers, die wir an der französischen Tragödin bewundern. Über ihnen von seinem künstlerischen Gefühl getragenen Sterbescene kann man das Abschöpfende und Unnatürliche, das diesem Schlußakte anhaftet, vergessen. Und doch zeigt sie uns das Sterben der Schwindsüchtigen mit realistischer Treue.

Die von Herrn Kapellmeister Panzner trefflich geleitete Vorstellung nahm im übrigen ihren gewohnten Verlauf. Mit der Zurückverlegung des ganz modernen Stoffs in die Rofokozeit kann ich mich immer noch nicht befrieden; Kostüm und Handlung stehen in zu starken Widersprüchen. Der Maskentanz im dritten Akt war ziemlich mager arrangiert. H. M.

— Jüdisches Theater. Die letzte Vorstellung des Jüdischen-Theaters, Hedda Gabler, mit der sich Dr. Karl Heine und seine Truppe von Leipzig verabschiedet, findet Freitag den 4. März 8 Uhr im Theatersaal des Kristallpalastes statt. Eine Verlängerung des Gastspiels ist ausgeschlossen, da das Jüdische-Theater bereits am Sonnabend Leipzig verläßt.

Neues Theater. In Wallenstein's Tod, dem Schlussstück der sogenannten Trilogie, feiert der Dramatiker Schiller seine größten Triumphhe. Nicht nur, weil hier, wo alles der durchdringende Katastrophen entgegenbringt, die dramatische Spannung ganz von selbst am größten ist. Stein, vor allen, weiß Schiller hier, ganz gegen seine sonstigen Gewohnheiten, zum Stimmungsmaler wird und die Katastrophe so mit allerlei dunklen Ahnungen und symbolischen Zusätzen — ich erinnere nur an das Zerrischen der Kaiserlichen Zette und das VerSchwinden des

sehung durch den Reichshaushaltssatz mit der Maßgabe, daß die Fertigstellung des gesetzlichen Schiffsbestandes thunlichst bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 durchgeführt werden kann.

Abg. v. Beningen schlägt vor, hinter das Wort „thunlichst“ einzuschalten: „Vergleiche § 8, leichter Abfall.“ — Abg. Dr. Lieber ist mit dem Vorschlage einverstanden. — Abg. Dr. Hammacher will statt des Wortes „thunlichst“ sagen: „soweit die im § 8 dafür angegebenen Mittel ausreichen.“

Abg. Müller-Zulda hat einen Plan ausgearbeitet, nach dem der Sollbestand bereits in 6 (statt in 7) Jahren erreicht werden soll und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Die Diskussion über diesen Antrag wird durch die Mittagspause unterbrochen.

Am Nachmittag wird sie fortgesetzt bei § 1 Absatz 3 (Vereinfachung der Mittel).

Der erste Antrag Müller-Zulda, den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, einen Nachweis über die voraussichtlich erforderlich werdenenden einsilbigen Ausgaben zu geben, wurde mit 11 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Absatz 3 des § 1 wurde mit dem vom Abg. Dr. Hammacher beantragten Zusatz wie folgt angenommen:

Die Vereinfachung der Mittel für die zur Errichtung des Sollbestandes erforderlichen Neubauten unterliegt der jährlichen Feststellung durch den Reichshaushaltssatz mit der Maßgabe, daß die Fertigstellung des gesetzlichen Schiffsbestandes, soweit die im § 8 dafür angegebenen Mittel ausreichen, bis zum Ablaufe des Rechnungsjahres 1904 durchgeführt werden kann.

§ 1 wird darauf auch im ganzen angenommen. Ebenso werden die §§ 7 und 8 nach den Vorschlägen der Referenten unverändert genehmigt und alsdann nach einiger Debatte auch § 2 (Vereinfachung der Mittel für Erneuerungen etc.) unverändert nach dem Antrage des Dr. Lieber. Den Wortlaut haben wir bereits mitgeteilt.

Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

## Vom Reichstage.

Der Petitionsausschuss legt am 2. März mehrere Petitionen, u. a. auch eines der Gemeinde Schöneberg bei Berlin, vor, worin um Gewährung von Reichsmitteln zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich gebeten wird. Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Behnert teilte mit, daß dieselbe Frage schon in der vorigen Tagung im preußischen Landtag angeregt sei, weil im preußischen Etat Mittel zur weiteren Freilegung der Museumsinsel nachgesucht würden, auf der auch der Platz zur Errichtung eines solchen Denkmals vorgesehen sei. Gleichzeitig erinnerte Graf Posadowsky daran, daß der Kaiser sich aus Anlaß eines ähnlichen Antrages der Stadt Berlin ausdrücklich vorbehalten habe, ein entsprechendes Denkmal selbst zu errichten. Der Kaiser werde sich jedenfalls die Bestimmung über die Ausführung des Denkmals und seinen Platz vorbehalten und hierbei die Wünsche der Kaiserin-Witwe berücksichtigen wollen. In Erwähnung dieser Sachlage entschloß sich die Petitionsausschuss, dem Plenum in einer Resolution vorzuschlagen, die Kosten eines Kaiser-Friedrich-Denkmales dem Kaiser aus Reichsmitteln zur Verfügung zu stellen.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

so. Unterschlagungen von Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträgen sind innerhalb der letzten acht Wochen allein in der Amtshauptmannschaft Borna in drei verschiedenen Gemeindekrankenkassen entdeckt worden. Trotzdem sich derartige Fälle schon so oft wiederholten (bei einzelnen Krankenkassen im Vogtländische sogar in sehr hohen Prozentsätzen), hat man seitens der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen den bezüglichen Mangel der Ausführungsverordnung zu dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz nicht abgestellt. Die Unterschlagungen können sehr leicht dadurch vorgenommen werden, daß seitens der Beitragsentziehungsstellen zwar die Aufzeichnungsbecheinigungen über die vollen Quittungskarten ausgestellt werden, in die Karten selbst aber keine Marken eingeklebt worden sind und die Karten nicht zur Einsendung an die Versicherungsanstalt kommen, wo sie bekanntlich aufbewahrt werden sollen. Ihr Gehalt wird in der Regel erst bei einem etwaigen Antrag auf Invaliden- oder Altersrente entdeckt. Selbstverständlich müssen bei der Unterschlagung die Geschäftsbücher infolge gefälscht werden, daß Markenabläufe eingetragen werden, die in Wirklichkeit nicht stattgefunden haben — eine Fälschung, die nur selten eine Revision aufdecken kann.

Eine Änderung ließe sich leicht dadurch einführen, daß die Postanstalten über die Markenabläufe Bescheinigungen auszustellen haben, die dann der Revision vorzuzeigen sind. Andererseits ist es Thatsache, daß manche Aufzählsbehörden sich den ihnen unterstellten Kassen gegenüber zu vertrauensselig verhalten.

Nötha, 2. März. Die Stadtverordneten haben beschlossen, daß Regulativ betr. Besteuerung der Großbetriebe und Filialen im Detailhandel vorläufig zurückzustellen.

g. Zwischen, 1. März. Kommerzienrat Wiede, der dieser Tage als Kandidat für die Reichstagswahl proklamiert wurde, ist derselbe Herr, der unseren Genossen Gladewitz als Medailleur des Glückauf im Jahre 1892 wegen Bekleidung verfolgen ließ und gegen ihn auf dem Wege der Privatflag eine Verurteilung zu einem Jahre Gefängnis erzielte. Jedenfalls bekommt unser Stolze selbst von Arbeitern seines Werkes eine erledichte Anzahl Stimmen, den Bergleuten ist Wiede in keiner Weise sympathisch, sie werden ihn niederschlagen!

In Schiedewitz herrscht große Aufregung über das Verschwinden des Gemeindeschafflers Niedel, der am Sonnabend

verdeckt kann? Ober wo in der ganzen Welt gäbe es ein junges Mädchen, das bei der Nachricht von dem gräßlichen Tode des Gesiebten sich selbst mit einem solchen philosophischen Gemeinspruch tröstete? Wäre es nicht endlich an der Zeit, diesen Vers, der den ganzen Altklub verdächtigt, einfach zu streichen, unbekannt zu sein? Pappenhimer darüber ihr Steinwort verlieren? E. St.

## Humoristisches.

Der Prof. „Paula, sing' mir einmal vor das schöne Lieb Stell' auf den Tisch die duftenden Rosen,“

„Die letzten Rosen trug' herbst . . .“

Furchtbare Strafe. Bonne: „Sieht Du, liebes Kind, wie der böse Wolf das unschuldige Lämmchen zerissen hat! Was soll man ihm dafür?“ — Die kleine Elsa: „Waschen und Bähnen!“

Übertroffen. A.: „Ich habe einen Papagei, der kann famig sprechen!“ — B.: „Pah, unter Förster hat einen, der läuft sogar!“

Prophetie. „Wie viele Kinder haben Sie denn, Herr Kommerzienrat? — „Zwölf!“ — „So! . . . Leben denn die alle?“ — „Und wie!“

Borgebaut. Fritz (Sohn eines Advokaten): „Du, Papa, wann verjährt die Strafe für ein Loch in der Hose?“ (G. Bl.)

drei Tage Urlaub nahm, nach Ablauf dieser Frist aber noch nicht wieder zurückgekehrt, so daß seine Papiere mit Beschlag belegt worden sind.

so. Döbelitz i. B. Daß der Kampf gegen die Konsumvereine sehr unfruchtbare ist, beweist der hiesige Verein durch die Zunahme seiner Mitgliederzahl. Im vergangenen Jahre hat er, trotz des Beschlusses des Stadtgemeinderats auf Einführung einer Umsatzsteuer, um 550 Mitglieder zugenommen. Die gegen diese Steuer geführte Beschwerde ist noch nicht erledigt.

Mittweida, 1. März. Das hiesige Wochenblatt wehlttägt über dielässigkeit der Ordnungsparteien angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen. Von einem Wahlbündnis unter den Ordnungsparteien zum Zweck der Abwehr sozialdemokratischer Angriffe ist zwar viel die Rede, aber es ist, wenn sich die Dinge nicht bald ändern, kaum anzunehmen, daß von Partei wegen zahlreiche feste Abmachungen getroffen werden. . . . Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate sind von der Partei durch Loyalität und Einigkeit ihrer Gegner gewonnen und, wenn nicht alles täuscht, wird der gleiche Fall auch bei der bevorstehenden Wahl im 15. sächsischen Reichstagswahlkreise eintreten.“ Das Wochenblatt bereitet also bereits die Ordnungsparteien des Kreises auf ihren Durchlauf vor. Unsere Parteigenossen sind in der Agitation dafür um so rühriger und werden gewiß auch die vereinigten Ordnungsparteien schlagen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonntag abend gegen 7.0 Uhr wurde in Golditz ein Meteor beobachtet, das sich in der Richtung von Nordwest nach Südost bewegte und in einem Winkel von 45 Grad zur Erde neherging. Die prachtvolle Naturerscheinung, deren seurige Bahn in ihrer ganzen Länge ca. 6 Sekunden sichtbar blieb, endete damit, daß die blauleuchtende Kugel mit welthin hörbarem Knall zerprang. — Einen tollen Streich, der viele in Schreck verlehrte, hat sich vor einigen Tagen ein junger Mann, der von Neukirch zum Vergnügen nach Reichenbach fuhr, geleistet. In dem Buge, der abends gegen 7 Uhr in Reichenbach von Plauen eintrifft, hat der betreffende mittan auf der Göltzschthalbrücke, angeblich um die Hervorrichtung auf „Kalt“ zu stellen, die Plakette gezogen. Mit einem gewaltigen Zug und unheimlichem Klatschen der Lustbremsen stand der Zug plötzlich und alles fragte entsetzt nach der Ursache. Die Thüren mußten indessen geschlossen bleiben, denn als bei der schmalen Passage ein Wagenwärter unter dem stehenden Zug umherkroch, sauste auch schon in entgegengesetzter Richtung ein Zug über die Brücke. Der Aufenthalt dauerte gegen 10 Minuten. In Reichenbach wurde ein Protokoll aufgenommen; der junge Mann wird eine empfindliche Geldbuße für seinen „Trotz“ zu entrichten haben. (Aus den Nachbarschaften.) Die 58-jährige Frau Rosalie Sandner in Schönau ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am Dienstag nachmittag ihren entzündlichen Verleidungen erlegen. Sie ist das dritte Opfer des sichtbaren Verbrechens. Die in Gräfthal bei Verwandten aufsässige gleichfalls schwerverletzte 82 Jahre alte Urgroßmutter bat die Sprache wiedererlangt und angegeben, daß vier Männer die Täter gewesen sind. Sie hatten sich die Gesichter geschwärzt. (Boegl. Anz.) — Wie dem Vogt, Anzeiger aus Wurzbach (im reußischen Oberlande) gemeldet wird, sind gestern nachmittag 5 Uhr auf dem herrschaftlichen Schlossbrücke Ober-Wurzbach neun Arbeiter durch Rutscheln von Erde und Gesteinmassen verschüttet worden. Sämtliche Verunglückte wurden nach mühevoller Arbeit als Leichen hervorgezogen. Drei andere Arbeiter sind leicht verletzt.

## Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

m. Wurzen, 1. März. Die Wahl rückt immer näher und das Saalabtreiben unserer Gegner ist nichts Seltenes mehr. Unter Reichstagsabgeordneten Zubel aus Berlin. Die Tagessordnung lautete: Die Posadowsky'sche Fürsorge für die Arbeitswilligen und die Verbesserung des Koalitionsrechts; Diskussion. Genosse Zubel schiberte in kurzen Worten die Entstehung der Arbeiterbewegung. In längeren Ausführungen behandelte der Redner die Kaiserlichen Erfolge. In trefflicher Weise kennzeichnete der Referent den Saarabteilung Stimm. Die Regierung plane ein neues Attentat auf das wichtige Koalitionsrecht. Einem derben Kritik wurde dieser neue Schritt gegen die Arbeiterschaft unterzogen. Auch das Wahlrecht wollen unsere Gegner vernichten. Das Volk müsse gegen derartige Versuche energisch Protest einlegen. Man müsse alles andere befehlen lassen und fest zusammenhalten, um am Tage der Reichstagswahl den Sieg davontragen. Mit der Aufrufung an die Versammlung, auch in Wurzen wieder eine feste Arbeiterbewegung zu bilden, schloß Genosse Zubel unter einem brausenden Beifallsturm. Als erster Diskussionsredner trat unter Reichstagskandidat Genosse Lipinski auf. In längeren Ausführungen führte er den Anhänger vor Augen, wie daß arbeitende Volk stets vernachlässigt worden ist. Würden die Arbeiter nicht bei der Reichstagswahl ihre volle Pflicht thun und mit der heutigen Gesellschaft abrechnen, so würde es noch weit schwimmer werden. Sachsen müsse fast durch lauter Arbeitervertreter im Reichstage vertreten sein. Lebhafte Beifall. Der Vorsitzende, Genosse Muster, sprach über den Unfugssparraphen und behandelte die Flugschriftenfrage, die in letzter Stadtverordnetenversammlung zu einer bestreiten Debatte Anlaß gab. Einen kräftigen Appell an die Versammlungen, sich den Arbeiterorganisationen anzuschließen, gab Genosse Becker. Hierauf nahm die Versammlung eine Resolution an, die sich scharf gegen das geplante Attentat wendet, und eine zweite, in der gegen die Handlungsweise des Stadtverordnetenvorstandes Reichland protestiert und der manhaftsten Haltung des Genossen Becker Anerkennung gezeigt wird. Da die Zeit bereits weit vorgezogen war, mußte Genosse Zubel sein Schluswort kurz fassen. Als vornehme Pflicht eines Arbeiters er pfahl er das Halten eines Arbeitertisches. Mit der ernstlichen Aufforderung, „ere Leipzig Volkszeitung zu lesen, schloß er. Die zahlreiche besuchte Versammlung sang hiermit ihr Ende.

Erfurt, 1. März. Der Vorsitzende der hiesigen nationalsozialistischen Vereinigung, Wellendorf, demonstriert in einer Rundschau an die Tribüne, seiner Parteiblatt, die Meldung, daß die Nationalsozialisten beabsichtigen, mit den Konservativen bei den Reichstagswahlen ein Kompromiß abzuschließen. „Da man es auch früher nicht der Wahrheit gehalten hatte, uns monarchisch gesinnte Nationalsozialisten zu den von patriotischer Seite einflussreichen Versammlungen befreit Aufführung eines gemeinsamen Kandidaten einzuladen, so haben wir auch gar keine Veranlassung, für diese Herren die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“ Also bloß weil sie sich zurückgesetzt fühlen. Warum hat man auch diese patriotischen Nationalsozialisten nicht mit eingeladen?

Halberstadt, 1. März. Die Konservativen hatten an die Nationalliberalen des hiesigen Kreises das Erfüllen gerichtet eins von den drei parlamentarischen (Reichs- und Landtags-) Mandaten ihnen zu überlassen; die Nationalliberalen haben aber das Erfüllen abgelehnt. Jetzt werden der Kreiszeitung zu folge voraussichtlich die Konservativen selbständig vorgehen.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. März.

Die Zahl der ausständigen Nachpappen- und Asphaltarbeiter beziffert sich auf etwa 110. Neben die Gründe des Ausstandes enthält die vorliegende Nummer der Leipziger Volkszeitung unter der Rubrik Mitteilungen aus dem Publikum eine Schilderung, auf die wir hiermit verweisen.

Über die berüchtigte schwarze Liste des Verbandes der Leipziger Hausbesitzervereine äußerte sich in einer Versammlung des Allgemeinen Hausbesitzervereins der Stadtverordneten Ranzleirat Jähne nach einem Bericht der Zeitschrift für den Leipziger Grundbesitz wie folgt:

In die Liste nicht empfehlenswerter Mieter gelangten im Jahre 1897 217 Namen, gegen 217 des Vorjahrs.

Meine Herren, mit dieser sogenannten schwarzen Liste haben wir in verlorenen Jahr trübe Erfahrungen gemacht. Beinahe gelangte diese Liste periodisch gedruckt zur Ausgabe an unsere Mitglieder zum blisternen Gebrauch. Nun weiß man ja, daß sich im Druckerpersonal vielfach Leute befinden, die ihre politische Weisheit aus der Leipziger Volkszeitung und ähnlichen anderen Blättern schöpfen. Dies war auch offenbar der Fall in derjenigen Druckerei, der wir den Druck der schwarzen Liste übertragen hatten. Noch ehe die Liste gedruckt in unser Bureau gelangte, befand sich bereits ein vollständiger Abzug in der Redaktion der Leipziger Volkszeitung, wo er natürlich die freundlichste Aufnahme fand. Als Folge dieses Diebstahls kam man die verschiedenen Beleidigungsschlägen betrachten, die gegenwärtig noch gegen einzelne Vereinsmitglieder schwelen. In einem Falle hat bereits die Verurteilung eines Mitgliedes zu 50 Mark Strafe stattgefunden, die hoffentlich aber in höherer Instanz wieder bestätigt werden wird.

Meine Herren, wenn nicht einmal die Reichsdruckerei vor Diebereien sicher ist, so ist dies noch weniger in Privatdruckereien der Fall. Angesichts dieses bedauerlichen Umstandes hat man im Leipziger Verbande — unter dessen Verantwortlichkeit bisher die Liste erschien — davon abgesehen, die schwarze Liste noch ferner im Druck erscheinen zu lassen. Die Liste wird vielmehr nur handschriftlich weitergeführt und den Mitgliedern auf Verlangen einer Mitglieder schwärzen Vertrag übertragen.

Herr Jähne faselt ohne den geringsten thatsächlichen Anhalt von einem Diebstahl, den ein Drucker begangen haben und durch den wir in den Besitz der schwarzen Liste gekommen seien sollen. Herr Jähne vermag für diese lächerliche Behauptung auch nicht den Schatten eines Beweises beizubringen. Seine Beschuldigung beruht lediglich auf Vermutung.

Wir halten das Poltern dem Großen zu gute, der Herr Jähne darüber besessen hat, daß wir den grobartigen Unzug, der mit der schwarzen Liste von den Herren Hausbesitzern getrieben worden ist, gebührend an den Pranger gestellt haben. In seinem Großen verkennt der Herr auch die Ursache der vielen Beleidigungsschlägen, die die schwarze Liste zur Folge gehabt hat. Nicht der in der Phantasie des Herrn Jähne begangene Diebstahl, sondern die heimtückische und aller Berechtigung erhaltende Achtung einer großen Zahl Mieter durch die Herren Hausbesitzer ist die Ursache der Klagen.

Wenn Herrn Ranzleirat und Stadtverordneten Jähne, der nebenbei Hausbesitzer und Obersekretär beim Reichsgericht ist, das Verständnis für die Verantwortlichkeit der mit der schwarzen Liste systematisch betriebenen schimpflichen Proskription abgeht, so ist das seine Sache, jeder unbefangene Mensch wird aber in den unbedeutenden Beleidigungsschlägen lediglich die Folge von einer Anzahl Hausbesitzer gegen ehrenwerte Leute begangenen böswilligen Verleumdungen erblicken. Kein nur halbwerts gerecht denkender Mensch vermag dies System zu rechtfertigen.

Vom Wohnungsmarkt erzählte Herr Ranzleirat Jähne in seiner Rede, die er im Allgemeinen Hausbesitzerverein hielt: Soviel mir bekannt geworden, sind in den allermeisten Fällen die verhältnismäßig geringen Mietzinssteigerungen von den Mietern bewilligt worden. Sobald hat sich aber auch die Besserung des Wohnungsmarktes in unserem Bureau recht sichtbar gemacht. So lange unser Verein besteht, hat noch niemals ein so großer Andrang von Wohnungssuchenden stattgefunden, wie im verlorenen Jahre. Welt über zehntausend Personen besuchten unser Bureau, und noch immer nimmt die Frequenz zu. Hoffentlich führt die stärkere Bemühung unseres Büros allmählich dazu, die teureren Wohnungsinserate ganz überflüssig zu machen.

Die Mietzinssteigerungen, die zwar meist nicht verhältnismäßig gering, sondern sehr oft ganz bedeutend (bis zu 40 Proz.) waren und rücksichtslos durchgeführt wurden, sind also von den Mietern „bewilligt“ worden, d. h. es blieb den Mietern gar nichts anderes übrig, als sich die höheren Mietzinsen abnehmen zu lassen, wenn sie nicht auf die Straße gesetzt werden wollten. Für die Hausbesitzer war das natürlich ebenso hübsch, wie die Ersparnisse für die jetzt entbehrlichen Wohnungsinserate.

Die neue Eingabe um Einführung einer Umsatzsteuer wurde in der Vereinigung gegen die Konsumvereine für die nächsten Tage angekündigt. Die Vereinigung, die oft genug mit ihrer numerischen Stärke (2000 Mitglieder) prahlte, bietet nämlich vorgestern eine Versammlung ab, die von ganzem 70 Männlein besucht war. Der Vereinigung ist die Erkenntnis aufgedämmt, daß sie in der bisherigen Form ihren Brocken verloren hat. Sie will nun eine Umtaue vornehmen und sich in Zukunft Schutzverein für Handel und Gewerbe nennen. Richtiger wäre wohl Schutzverein für Kleider und Kleiderseelen. Herr Stadtbaumeister Geest, der vortont eine Umsatzsteuer haben will, vernichtet in der Versammlung in der ihm eigenen Weise sämtliche Oberbürgermeister von Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwischen sowie besonders den Leipziger Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schill, weil sie alle in der Frage der Umsatzsteuer noch nicht so kürzlich geworden sind, wie Herr Geest. Sie alle so lautete seine durchbare Anklage — seien nationalliberal und Manchesterleute, für den Mittelstand hätten sie nichts übrig! Und das trotz mancher Verbeugung des Leipziger Rates vor den Mittelstandsvorstern à la Geest! Denn was ist's denn anderes als eine solche Verbeugung, wenn beispielweise vom Leipziger Rate der Verkauf eines Bauplatzes in der als Fabrikviertel bestimmten Poegischer Mark bei Entrüsch abgelehnt wurde, bloß weil der Käufer der — Entrüsch Konsumverein war, der auf dem fraglichen Platze eine Brodbäckerei errichten wollte?

Die neue Eingabe um Einführung einer Umsatzsteuer wurde in der Vereinigung gegen die Konsumvereine für die nächsten Tage angekündigt. Die Vereinigung, die oft genug mit ihrer numerischen Stärke (2000 Mitglieder) prahlte, bietet nämlich vorgestern eine Versammlung ab, die von ganzem 70 Männlein besucht war. Der Vereinigung ist die Erkenntnis aufgedämmt, daß sie in der bisherigen Form ihren Brocken verloren hat. Sie will nun eine Umtaue vornehmen und sich in Zukunft Schutzverein für Handel und Gewerbe nennen. Richtiger wäre wohl Schutzverein für Kleider und Kleiderseelen. Herr Stadtbaumeister Geest, der vortont eine Umsatzsteuer haben will, vernichtet in der Versammlung in der ihm eigenen Weise sämtliche Oberbürgermeister von Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwischen sowie besonders den Leipziger Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schill, weil sie alle in der Frage der Umsatzsteuer noch nicht so kürzlich geworden sind, wie Herr Geest. Sie alle so lautete seine durchbare Anklage — seien nationalliberal und Manchesterleute, für den Mittel

Neben die Krankheiten der im sächsischen Eisenbahnbetriebe beschäftigten Personen hat Medizinalrat Dr. Linzer-Chemnitz eine Statistik veranstaltet. Danach erkranken vom Zugförderungspersonal in einem Jahre 55,49 Prozent, Zugbegleitungspersonal 39,39 Prozent, Wagenbewachungspersonal 27,90 Prozent, Stationspersonal 14,62 Prozent, unteres Stationspersonal 19,20 Prozent, Weichenwärter 30,24 Prozent, Bureaupersonal 21,62 Prozent. Das letztere hatte die längste Krankheitsdauer, nämlich durchschnittlich 43,2 Tage, das Zugförderungspersonal mit durchschnittlich 31,3 Tagen die kürzeste Krankheitsdauer. Die große Zahl der Erkrankungen im Eisenbahndienst ist auffallend. Dass diese Erkrankungen mit den dienstlichen Zuständen zusammenhängen, lehrt auch die vorstehende Statistik, ebenso bei welcher Beamten- und Arbeiterkategorie eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse zunächst notwendig ist.

**Der Kranken- und Sterbekasse des Renten- und Gehaltsverbandes zu Leipzig (s. S.)** ist auf Grund des 2. Nachtrages vom 31. Januar 1898 zu deren revidiertem Statute vom 22. Februar 1898 vom Ministerium des Innern bescheinigt worden, dass sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 nach wie vor genügt.

**Leipziger elektrische Straßenbahn.** Im Februar d. J. wurden 926986 Personen befördert und 81123 Mf. darunter 703.83 Mf. für Abonnenten vereinnahmt; mehr 312973 Personen und 24670 Mf. In den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres wurden 1924802 Personen befördert und 178058 Mf. eingenommen; mehr 669287 Personen und 54835 Mf.

**Das Projekt einer elektrischen Bahn von Halle nach Leipzig,** das bekanntlich von der Firma Kramer u. Co. betrieben wird, ist nach einer Mitteilung des Generalanzeigers völlig gesichert und steht die Auskündigung der Konzession seitens der sächsischen Regierung für dieses Unternehmen unmittelbar bevor. Von der preußischen Regierung ist dasselbe bekanntlich schon Mitte vorigen Jahres konzessioniert worden und soll mit dem Bau der Bahn binnen kurzem begonnen werden.

Auf die hiesigen Realschulen sind nach einer Kultus-Ministerialverordnung bedingungsweise die für Gymnasien und Realgymnasien geltenden Bestimmungen anzuwenden, wonach in den Oberklassen die Schülerzahl nicht mehr als dreißig betragen soll.

Die Schonzeit für weibliches als auch für männliches Edel- und Damwild nebst deren Wildern, ebenso für Krammetsvögel hat mit 1. März nach dem sächsischen Gesetz begonnen.

Eine halbe Million Mark hat der Rat der Stadt vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten für die Erweiterung des städtischen Gasrohres bewilligt.

**Der Arbeiter-Turnerbund für Deutschland und Österreich** (s. Leipziger) zählte am Schlusse des Jahres 1897 in 285 Vereinen, die über 8 Kreise verteilt sind, 15105 Mitglieder, 2622 Schüler und 796 Turnervinnen, insgesamt 18523 Bundesangehörige, darunter 1147 Vorturner. Auf Leipzig entfallen 9 Vereine, 388 Mitglieder und 113 Schüler, auf den Bezirk der Kreishauptmannschaft Leipzig 20 Vereine mit 718 Mitgliedern und 226 Schülern und auf das Königreich Sachsen 47 Vereine mit 2593 Mitgliedern, 480 Schülern und 161 Turnervinnen. Die in Leipzig erscheinende Arbeiter-Turnzeitung zählt über 8000 Abonnenten.

Jugendliche Personen sind von Tanzlokalen während öffentlicher Tanzvergnügen nach einer Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts auch dann auszuschließen, wenn sie zur Ausübung eines Gewerbes in den Tanzräumen anwesend sind. Es ist also jugendlichen Personen das Bedienen der Gäste auf dem Tanzsaale oder in Räumen, die mit dem Tanzsaale direkt verbunden sind und mit zu Zwecken der Tanzbelustigung dienen, verboten.

Ein Droschkengeschirr karambolierte gestern früh in der Katharinenstraße mit einem Motorwagen. Dabei erlitt der Führer des Wagens einen Bruch des linken Unterarms, auch die Droschke und das Pferd wurden erheblich beschädigt.

Ein vernünftiger Anspruch. Einen Spaziergang hatte gestern ein Kellner gemacht, von dem er aber erst zurückkehrte, als die Haustüre bereits geschlossen war. Er übernachtete deshalb kurz entschlossen in der Herberge zur Heimat in der Ulrichsgasse. Als er aber am anderen Morgen erwachte, hatte sich ein Dieb mit seinem "guten" Anzug auf und davon gemacht. Da der Kellner sich im Adamsstößum nicht auf die Straße wagen durfte, musste ihm der Wirt die notwendigsten Kleidungsstücke leihen.

Seinem Leben ein Ende gemacht hat auf dem Aborte des Thomasgymnasiums ein 11-jähriger Schüler aus Pegau, indem er sich aufhangte. Neben die Gründe, die den jugendlichen Selbstmörder zu seiner That veranlasst haben, ist bestimmt noch nicht zu ermitteln gewesen.

**Tancha.** Der hiesige Stadtgemeinderat hat beschlossen, ein Elektricitätswerk zu Beleuchtungs- und Kraftzwecken zu errichten und mit der Firma Schuckert u. Co., Filiale Leipzig, bezüglich Vertrags-Abschlusses in Unterhandlung zu treten. Der Bau und die Installation soll derart gefördert werden, dass bereits beim Eintritt der Beleuchtungsperiode im Herbst dieses Jahres die Abgabe von Licht und Kraft in vollem Umfang erfolgen kann.

## Gerichtssaal.

### Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 1. März.

**Die ungeputzten Stiefel des Herrn Doktors.** Eine sehr interessante Entscheidung fällt heute das Reichsgericht. Das Landgericht I in Berlin hat am 2. Dezember v. J. die unverheirathete Zimmervermieterin Marie Sonnenberg wegen Freiheitsberaubung und versuchter Mörderung zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Dr. A. wohnte bei ihr gegen 80 Mf. monatlich zur Miete und hatte gekündigt. Fr. S. machte noch eine Forderung von 50 Mf. geltend, die er nicht anerkannte, und nahm deshalb mehrere Sachen des Herrn Doktors in Beschlag. Eines Morgens, als Dr. A. nach dem Auswärtigen Amts gehen wollte, erhielt er von der Vermieterin seine Stiefel, die sie putzen sollte, nicht zurück. Er geriet dadurch in groÙe Verlegenheit, weil er ein zweites Paar nicht zur Verfügung hatte. Aus dem Fenster rief er schließlich einem Vorübergehenden zu, er möge ihm ein Paar neue Stiefel besorgen. Diese erhielt er dann nach zweistündigem Warten. Das Landgericht hat angenommen, dass Fr. S. den Herrn Doktor für diese Zeit des Gebrauchs der persönlichen

Freiheit verbraucht hat, da sie wusste, dass er zu denselben Gesellschaftsklassen gehört, denen es unmöglich ist, ohne Fußbekleidung über die Straße zu gehen. Dies wurde, so heißt es noch im Urteil, das Schamgefühl des betr. Herrn verlegt haben. — Auf die Revision der Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Davon, dass die Bewegungsfreiheit des Dr. A. für längere Zeit aufgehoben worden sei, sowie keine Rede sein. Die sozialen Anschauungen hätten ihn an der Bewegungsfreiheit nicht hindern können, namentlich wenn er, was wohl anzunehmen sei, noch im Besitz von Strümpfen und Morgenstunden war. Ebenso wenig könne die Verurteilung wegen versuchter Mörderung aufrecht erhalten werden, da eine physische Einwirkung auf den Körper des Getöteten nicht festgestellt sei.

### Schwurgericht.

Leipzig, 2. März.

**Der gesächtete Erlaubnischein.** Der Athletenclub Alas in Wurzen hielt am 10. Oktober im Schulhaus ein Vergnügen ab. Der Schriftführer des Vereins, der am 26. Januar 1878 in Crefeld geboren Maurice Peter Heinrich Kozi, wurde vom Kassierer beauftragt, das Vergnügen beim Stadtrat in Wurzen anzumelden. Für diese Erlaubnis musste er 6 Mark bezahlen. Er war durch Arbeitsunfähigkeit in Reit geraten. Er änderte die 6 in eine 8 um und legte dem Kassierer den Schein mit dem Bemerk vor, dass die Gebühr gestiegen sei und es jetzt 8 Mark koste. Der Kassierer glaubte es aber nicht und zahlte die 2 Mark nicht. Unter Annahme mildernder Umstände wurde Fr. K. wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu der niedrigsten Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

**Vorsätzliche Brandstiftung.** Der am 7. Januar 1875 in Gütterschen, Kreis Namslau, geborene Tagelöhner Gottlieb Hudach war als Ochsenpanzer zuletzt in Crotewitz thätig gewesen, wurde aber am 15. November v. J. aus Mangel an Arbeit entlassen. Mit einem Vermögen von fünfzehn Groschen machte sich H. auf den Weg, um neue Arbeit zu suchen. Seine Vermögenswerte waren aber ohne Erfolg. Am 19. November befand er sich auf dem Wege von Greifenhain nach Grimma. Durch den Genuss von Brautwein war H. müde geworden und wollte in der an der Straße gelegenen Scheune der Fuhrwerksbesitzerin verweilt. Die Scheune war aber so überfüllt, dass er keinen Platz fand. Aus Angst darüber seigte er die Scheune in Brand, so dass sie mit Inhalt im Werte von 11010.41 Mf. niederrannte. Gerichtsarzt und Sachverständiger Dr. Thümmler bezeichnete H. als einen degenerierten, geistig minderwertigen Menschen, der entschieden zu unüberlegten Handlungen neigt und inneren und äusseren Antrieben nur einen geringen Widerstand entgegenstellt. Unter Annahme mildernder Umstände verurteilte das Gericht Hudach zu zwei Jahren Gefängnis. Drei Monate der Untersuchungshaft wurden auf die Strafe als verbüßt erachtet.

### Landgericht.

Leipzig, 2. März.

**Über 8000 Mark unterschlagen.** Der 39 Jahre alte Kaufmann Georg Lichtenstein gründete 1890 in Leipzig eine Blauchwarenhandlung, die 1895 in Konkurs verschwand. Das Geschäft ging an die Firma W. u. Co. über und wurde L. als Kaufmännischer Leiter mit 3000 Mark Gehalt und Anteil eines Zinnguts vom Neingeminn angestellt. Für einen Bekannten hatte L. Geftälligkeitsaccepte gegeben und als dieser in Konkurs geriet, musste L. die Accepte selbst einzulösen. Zur Deckung dieser Verbindlichkeiten unterschlug L. der Firma vom 28. Mai 1896 bis zum 18. August 1897 insgesamt 8332.07 Mark und entnahm der Strafgeschäftsdecke, deren Extrat zu Geschäftsfälligkeiten verwendet wurde, vier oder fünfmal 6-7 Mark, sowie aus der Lohnklasse 20 Mark und buchte letztere Summe als Vorschuss eines Arbeiters. Die Firma W. u. Co. stand mit der Firma G. in Geschäfterverbindung. Bei einer am 16. Juli 1897 erfolgten Abrechnung stellte sich für W. u. Co. ein Guthaben von 162 Mark heraus, das L. gegen einen Pelzmantel, den er persönlich G. schuldet, aufrechnete. Wegen Unterschlagung, Diebstahl und Untreue verurteilte die III. Strafklammer Lichtenstein zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Geldstrafe.

### Bauunfall.

Köln, 2. März. Bei einem Umbau in der Apostelstraße sind Männer eingefüllt. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei sind tot, drei schwer und ein anderer leicht verletzt.

## Von Nah und Fern.

### Explosion.

In Kiel explodierte auf einem Benzinkraftboot der Torpedoschiffstyp der Benzinkessel. Das Schraubendach ging in Flammen auf. Die Besatzung kam mit leichten Brandwunden davon.

**Bauunfall.** Köln, 2. März. Bei einem Umbau in der Apostelstraße sind Männer eingefüllt. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei sind tot, drei schwer und ein anderer leicht verletzt.

## Soziale Rundschau.

r. Dresden, 2. März. Zum Kapitel: Terrorismus der Unternehmer gegen die Arbeiter liefert die Bäckerinnung des Blauenthaler Gründes wieder einen häbischen Beitrag. Diese Herren haben in einer Sitzung beschlossen, den Eggerschen Mühle in Deuben so lange kein Mehl mehr abzulaufen, bis die dort beschäftigten, für die Sache der Bäcker- und Müllerarbeiter thätigen Arbeiter entlassen sind. Bemerk sei gleichzeitig, dass in der erwähnten Mühle infolge zahlreicher Mißstände im Betrieb und in Bezug auf Lohndifferenzen zwischen dem Besitzer und den dort beschäftigten Arbeitern entstanden sind. Eine Arbeiterkommission soll mit dem Unternehmer deshalb in Unterhandlung treten. Die Bäckerinnung sucht nun die Verhandlungen auf die erwähnte Weise zu hindern, und auch der ihr schon längst mißliegenden Organisation der Arbeiter eines auszuwischen. Eine Einlassung ist bereits erfolgt.

Die hiesigen Marmorarbeiter, einige 70 Mann, die sämtlich der Organisation der Steinarbeiter angehören, beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten. Eine öffentliche Versammlung wählte eine Kommission, die mit den Unternehmern über Vereinbarung eines festen Lohntarifes, in dem auch die Arbeitszeit einheitlich geregelt werden soll, unterhandeln soll.

In Potsdam haben die 26 Holzbildhauer der Firma Frijsche und Schubert die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter verlangen Aufführung eines Lohntarifes, Erhöhung der Accordsätze um 25 Prozent, anständigere Behandlung und mehr Bewegungsfreiheit. Die Firma lehnte jede Unterhandlung mit den Arbeitern gewählten Kommission ab, deshalb kam es zum Ausstand.

**Tischler!** Bei der Firma Wünsche, Fabrik für photographische Apparate in Reick bei Dresden, haben infolge starker Bohrabsätze sämtliche Tischler (46 an der Zahl) die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten!

**Die Sektion der Mechaniker des Metallarbeiterverbandes** zu Frankfurt a. M. beschloss, in diesem Jahre in eine Bewegung zur Durchführung des Neunstundentages in den Betrieben der Feinmechanik einzutreten.

g. Altenberg, 2. März. Die Parkettbodenstreiner Mühlbergs haben den Unternehmern einen Tarif zur Regelung der Accordpreise vorgelegt, der am 1. März in Kraft treten sollte. Gegenwärtig schwanken noch Unterhandlungen. Doch ist Zugang vorläufig zu vermeiden.

**Bon den Färberarbeiten in Mülhausen in Thüringen** hat nahezu die Hälfte die Arbeit niedergelegt, weil man ihre Forderungen auf Lohn erhöhung nicht bewilligte. Die Fabrikarbeiter haben einen Durchschnittslohn von 9 bis 10 Mark die Woche. Die zweite Hälfte der Arbeiter, die jetzt noch arbeitet, wird sich gewiss den freiliegenden Kollegen anschließen.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

An alle rechtlich denkenden Einwohner von Leipzig und Umgegend!

Die Pappe- und Asphaltarbeiter der beiden Firmen C. F. Weber und C. Büttich haben sich genötigt gesehen, seit 1. März dieses Jahres die Arbeit niederzulegen. Ihre geringe Forderung (Wintermoins von 40 Pf. für Asphaltleger und Pappeleiter und 35 Pf. für Hilfsarbeiter) wurden zurückgewiesen mit dem Bemerk, dass die Firmen nicht in der Lage seien, den Mehrbetrag zu zahlen.

Für alle nicht in dieser Branche Eingeweihten sei nur erwähnt, dass gerade diese Firmeninhaber, die klein angefangen haben, jetzt aber (nach Abschätzung) mehrfache Millionäre geworden sind, dank der so niedrigen Arbeitslöhne, dass die meisten auch auf Beiträgen sich schämen, ihren wahren Verdienst anzugeben. Erst in neuerer Zeit ist es gelungen, den Lohn auf 88 Pf. pro Stunde zu bringen, natürlich wieder nur für ganz zuverlässige selbständige Arbeiter (sogenannte Vorarbeiter). Nur die Asphaltleger der Firma Büttich hatten den großen Vorteil, 88 Pf. pro Stunde zu erhalten.

Jeder rechtlich Denkende, der eingetaugt glaubt, wird wissen, mit welcher Lebensgefahr die Leute bei Ausübung ihres Berufs bei Dacharbeiten zu kämpfen haben und wie gefährlich höchstlich die Asphaltarbeiten sind, und wird zugeben, dass die Forderungen sehr berechtigte und absolut notwendige sind, um nur einen einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen zu können.

Wir veröffentlichen dieses, um auch den Unliegenschwachen einen Einblick in unsere Verhältnisse zu geben und hoffen, daran das Erleben, uns in unserem gerechten Kampfe moralisch zu unterstützen.

Die Ausständigen.

**Die Schneider Leipzigs** beschäftigten sich schon seit Jahren und namentlich im letzten Jahre mit der Frage: Wie verbessern wir unsere Lage? und kamen zu dem Ergebnis, dass nur erst dann an eine Verbesserung zu denken sei, wenn wir, wie andere Berufe es schon längst haben, den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Werkstätten errungen haben. Eine im Frühjahr vorigen Jahres stattgehabte Versammlung, wozu die Unternehmer eingeladen und zum Teil erschienen waren, beschäftigte sich speziell mit dieser Frage und beauftragte eine Kommission, es den Unternehmern zu unterbreiten, dass die Schneider Leipzigs bis zum 1. Februar 1898 Werkstätten, die allen gesundheitlichen Anforderungen entsprechend verlängert. Es wurde dies auch von einem Teil der in der Versammlung anwesenden Unternehmer insofern angefragt, ob sie anerkannten, dass es in dieser Beziehung in dem Schnellgewerbe sehr faul aussiehe. Des Weiteren beauftragte eine im Oktober vorigen Jahres stattgehabte Versammlung eine neuengliederte Kommission, die Forderung der Arbeitswerkstätten sowie eines Lohntarifs und die Forderung betr. Lieferung der Butthaten zu formulieren und dem Unternehmertum zu kommen zu lassen. Dies geschah mit dem gleichzeitigen Eruchen, der Kommission bis spätestens den 24. Februar Antwort zu kommen zu lassen, da eine um diese Zeit stattfindende Versammlung Stellung hierzu nähme. Eine von über 1000 Personen besuchte, am Dienstag den 1. März in den Sälen der Flora stattgehabte öffentliche Versammlung der Schneider beschäftigte sich nun speziell mit den eingegangenen Antworten.

Collega Weigel erstaunte hierüber Bericht und stellte zunächst eine scharfe Kritik an der Antwort, die in Form zweier Resolutionen von Seiten der Innungsmeister der Kommission zugegangen ist. Schon aus der Begründung, die der Vorstand der Leipziger Schneiderinnung mit der von der Gesellschaft gewählten Kommission hatte, ging hervor, dass die Herren auch nicht die klassische Ahnung von den erbärmlichen Zuständen, wie sie in unserem Gewerbe vorhanden sind, haben. Die Herren batzen, ja die Daffenlichkeit nicht benutzen zu wollen. (Das wissen wir gut wohl, dass die Herren Unternehmer nichts mehr scheuen und vor nichts mehr Angst und Bange haben, als vor der Daffenlichkeit. Und bessere kann man sicher sein, dass, wenn man unsere so geringen und geachten Forderungen nicht anerkennt, wir den ausgleichsbedürftigen Verbrauch von der Daffenlichkeit machen werden. Stoff ist gerade genügend vorhanden.) In der daraufgehenden Diskussion wiesen sämtliche Redner darauf hin, dass die Forderung: Errichtung von Betriebswerkstätten, die allerwichtigste und notwendigste ist und wir um bedingt auf derselben bewarben müssen. Der stets wiederkehrende lebhafte Beifall ließ erkennen, dass die Versammlung ganz und gar von der Notwendigkeit geeigneter Betriebswerkstätten durchdrungen war, und man kann mit Bestimmtheit annehmen, dass die Schneider Leipzigs einen Kampf um die Betriebswerkstätten so lange aufzunehmen werden, bis dieselben errungen sind. Ganz besonders wurde noch hervorgehoben, dass die Antworten sowohl von der Innung als auch von den einzelnen Arbeitgebern als keine oder wenigstens nicht genügende Antwort zu betrachten sei, da ersteren empfohlen habe, einzeln zu verhandeln, und letztere bereits gemacht haben wollen. Es wurde den Anwesenden dringend ans Herz gelegt, sich nicht in Unterhandlungen mit den Arbeitgebern einzulassen, sondern diese strikte an die Kommission zu verweisen, da das Einzelverhandeln lediglich nur eine "lind Falle" sei. Der Arbeiter erhält durch den projektierten Lohnzuschlag, wie ihn die Arbeitgeber gewillt sind, jetzt zu bezahlen, aber gleich nach Pfingsten wieder rasch abziehen, scheinbar mehr Wert für seine Arbeitskraft, verliert aber durch Nichtbewilligung der Betriebswerkstätten denselben wieder. Nur durch ein festes Zusammenhalten und eine strenge Organisation ist es möglich etwas zu erringen, und wenn die Kollegen dies beherzigen, so werden wir, wenn wir zum Kampf gezwungen werden, auch Sieger bleiben.

Holzende Rundschau wurde einstimmig angenommen: "Die heute in der Flora tagende öffentliche Versammlung der Schneider Leipzigs hält an den aufgestellten Forderungen fest, insbesondere an der nach Errichtung von Betriebswerkstätten und verspricht mit aller Energie dafür einzutreten; sie erklärt die von der Innung gesetzten Resolutionen für eine ungünstige Antwort und beauftragt die Lohnkommission, noch einmal mit den Arbeitgebern zu verhandeln und einen Termin festzusetzen, bis zu dem die endgültige Entschließung der Unternehmer erfolgt sein muss, um dann sofort eine öffentliche Gehilfenversammlung einzuberufen und entscheiden zu lassen."

Im Gewerkschaftlichen wurde der Antrag: Ergänzungswahl der

Eine öffentliche Formerversammlung fand am 25. Februar in der Gesellschaftshalle zu Lindenau statt. Tagesordnung: 1. Die Lage der Formen und Gießereiarbeiter und wie können wir sie verbessern. 2. Diskussion. 3. Gewerbeschäftsliches. Zum ersten Punkt schilderte Kollege Scheib die Lohnsätze in den letzten 3-4 Jahren, die in den einzelnen Gießereien zwischen 12 bis 10 Pf. schwanken. Es sei an der Zeit, diesen unsicheren Lohn mehr zu regulieren. Weiter erwähnt Redner die Arbeitszeit in den einzelnen Gießereien, ging dann näher auf die Löhne der Hilfsarbeiter ein und streifte die Behandlung, die Lohnfrage, die Ordnung, Waischelrichtungen und Kaninchenwesen und wies bei letzterem auf die Ueberfülle hin, die den Arbeitern meist entgehen. Bei Ludwig und Leu geriet ein Formen mit dem Chef in Auseinandersetzung und wurde deshalb vom Unternehmerverband gemäßgeregelt. An der Diskussion wurde eine Resolution angenommen, mit der sich die Anwesenden verpflichteten, sich zu organisieren. Ferner wurde ein Antrag angenommen, eine breigliedrige Kommission zu wählen, die einen allgemeinen Lohnkatalog für alle Leipziger Gießereien ausarbeiten soll. Die Hilfsarbeiter sind dabei mit im Auge zu behalten. Über diesen Antrag fand eine lebhafte Debatte statt. Es wurde geltend gemacht, daß eine Versammlung, die bloß für L-West einberufen sei, nicht die Berechtigung hätte, eine derartige Kommission zu wählen, sondern daß die Wahl nur in einer Versammlung vorgenommen werden könne, in der alle Leipziger Betriebe vertreten wären. Dem wurde von den Kollegen Scheib und Böhme widersprochen. Es war über diesen Punkt keine Einigkeit zu erzielen, weshalb ein Antrag angenommen wurde, die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zu vertragen.

Eine von ca. 200 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung fand am Sonnabend den 26. v. Mts. im Gasthofe zur grünen Aue in Mockau statt. Tagesordnung: 1. Gründung eines Volksbildungvereins für Mockau und die Parthenöder. 2. Diskussion. Da Genosse Schulze-Delitzsch nicht anwesen sein konnte, so referierte Genosse K. Hähnisch über den Zweck und Nutzen der Volksbildungvereine. Redner kommt in seinem 1½ stündigen Vortrag auf die traurigen Schulverhältnisse in Österreich, Preußen und auch Sachsen zu sprechen, bei denen es unmöglich ist, daß Kinder der Volksschule genügend unterrichtet werden können. Redner stellte auch die Auswendungen des Staates für die Volksschulen denen für die höheren Schulen gegenüber und forderte die Anwesenden auf, dem neu gründenden Verein beizutreten, um sich geistig und körperlich anzubilden. Reicher Beifall lobte den Redner. Eine Resolution folgenden Wortlauts fand einstimmige Annahme: "Die im Galath zur grünen Aue tagende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Aussführungen des Referenten einverstanden, verpricht dem neu gründenden Volksbildungverein beizutreten und bittet die Vereine von Mockau und Thella, die auf arbeitsfreundlichen Standpunkte stehen, sich demselben anzuschließen." Nachdem sich mehrere Redner im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten und zu den nötigen Vorarbeiten eine Kommission von acht Mann gewählt war, erklärte der Vorsitzende die Versammlung für geschlossen. Am betr. Abend ließen sich 80 Mitglieder einzeichnen.

#### Briefkasten der Redaktion.

a. G., Ammelsbach. Anfrage nicht verständlich.

#### Auskunft in Rechtsfragen.

**G. O. Gohlis.** 1. Die ausständigen Asphaltarbeiter gehören in Mehrzahl dem Allgemeinen Dachdeckerverband an. 2. Die Lohnkommission hat ihren Sitz im Coburger Hof. Vorsitzender Gräfleweil.

#### Vermögenskalender.

**Donnerstag:** Sozialdemokratischer Verein L.-Oberstadt. Thüringer Hof, Boltzendorf. Abends halb 9 Uhr. T.-D.: 1. Die ehemaligen Frauen und ihre Rechte. Referent: Jean Greifenberg, Berlin. 2. Kommunale Verhältnisse im Osten Leipzigs. 3. Partei- und Vereindangangelegenheiten. 4. Fragestunde.

**Freitag:** Vorwärts L.-Süd. Sammelraum, Lange Straße. Abends halb 9 Uhr. T.-D.: 1. Gewerberichtung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorzug. 3. Vereindangangelegenheiten. 4. Fragestunde.

**Montag:** Metallarbeiter. Coburger Hof, Windmühlenstraße. Abends halb 9 Uhr. T.-D.: Vorrag. von Dr. Schlegel aus Berlin: Gibt es eine Harmonie zwischen Kapita. und Arbeit? 2. Diskussion. 3. Gewerbeschäftsliches. 4. Werksdangangelegenheiten.

**Leipziger Gewerbeschäftsbüro.** Restaurant Spiek, Seeburgstraße. Abends 8 Uhr. T.-D.: Statutenänderung.

**Freitag:** Metallarbeiter. Gesellschaftshalle zu Lindenau. Abends halb 9 Uhr. T.-D.: 1. Die soziale Entwicklung in Deutschland. 2. Diskussion. 3. Gewerbeschäftsliches. Referent: Reichstagsabgeordneter Franz Hoffmann.

#### Theatervorstellungen.

##### Neues Theater.

**Donnerstag den 3. März:** 61. Abonn.-Vorstellung (1. Seite, grün).

##### Im Weisen Höhl.

Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Adelsburg.

Regie: Ober-Regisseur Adler.

**Josephine Vogelhuber,** Berlin zum "Weisen Höhl".

**Leopold Brandmayer,** Bahnsellner.

**Wilhelm Wiede,** Fabritius.

**Ottilie,** seine Tochter.

**Charlotte,** seine Schwester.

**Walter Hinzelmann,** Privatgelehrter.

**Klärchen,** seine Tochter.

**Dr. Otto Siebler,** Rechtsanwalt.

**Arthur Süßheimer,** Gold, Bettler.

**Refi,** seine Nichte.

**Assessor Bernbach,** Kammer, seine Frau.

**Rätlin Schmidt,** Melanie Schmidt.

**Förstrat Krächer,** Ein Hochtourist.

**Ein Reisender,** Kathl., Briefbolin.

**Franz, Kellner,** Ein Pizzolo.

**Witzl,** Stubenmädchen.

**Malin, Edith,** im "Weisen Höhl".

**Martin, Hauknecht,** Joseph, Haubrecht.

**Der Portier zum "Höhl".**

**Der Portier zur "Post".**

**Der Portier zum "Grünen Baum".**

**Der Portier zur "Rudolfs Höhe".**

**Elie Voitsmann.**

hr. Heine

hr. Ernst Müller

fr. Müller

fr. Lauterbach

fr. Körner

fr. Frank

fr. Stephan

fr. Häusler

fr. Brost

fr. Ebba Laue

fr. Otto

fr. Friede

fr. Kunzschmann

fr. Kervin I

fr. Thiele

fr. Heissel

fr. Vogelhahn

fr. Unger

fr. Huth

fr. Reinhold

fr. Paar

fr. Henning

fr. Schmidede

fr. Richter

fr. Schröder

fr. Hanisch

fr. Hallisch

fr. Vacal

fr. Wack

Gebirgsführer

Eine Amme

Eine Bäuerin

Ein Bauerntante

Gäste, Reisende, Dorfkinder

Gebirgsführer

Ort der Handlung

Das Salzammergut

\* \* Josephine Vogelhuber

in Hannover, als Gast

Nach dem 1. Akt findet eine längere Pause statt.

Einsatz 1/4 Uhr Anfang 7 Uhr, Ende geg. 1/10 Uhr. Gew. Preise.

Villet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonnt. u. Feiertag)

von 10 1/2 bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufl-

geld von 20 Pf.) von 1-3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Der Wildschütz. Anfang 7 Uhr.

abend: Hamlet. Anfang 7 Uhr.

#### Altes Theater.

Donnerstag den 3. März:

##### Der Hochstapler.

Operette in 3 Akten von Arnold Hänleter und Max Moeller.

Musik von Gustav Meyer. Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Oskar Baumberger, Anton Frank, Baronin Sternheim.

Eugenio Sternheim, Gustav Adolf.

Francesca, Gustav Adolf.

Sebastia, Gustav Adolf.

Amalie, dessen Tochter.

Gretchen, Gustav Adolf.

Der Direktor.

Der Oberfellner.

Der erste Piccolo.

Der zweite Piccolo.

Der Portier.

Der Bist-Junge.

Die Witwe.

Hotel, Stubenmädchen.

Sept., Hausdiener.

Der Postmeister.

Hoppe, Ortsgeistwärter.

Tengl, Kuhmagd in der großen Stube.

Franz, ein Bauernbursche.

Ort der Handlung: Im 1. Akt: Das Refugium im Augen-Hotel.

Jungfrauabteilung in Interlaken. Im 2. Akt: Der Garten im Hotel

zu Jaman in Montbovon. Im 3. Akt: Die große Stube von

Plan du Jaman.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einsatz 1/2 Uhr, Anfang 1/8 Uhr, Ende nach 10 Uhr. Gew. Preise.

Villet-Verkauf a. d. Tageskasse von 10 (Sonnt. u. Feiertag 10 1/2) bis 3 Uhr.

Vorverkauf f. d. nächst. Tag (in Aufg. v. 20 Pf.) v. 1-3 Uhr.

Spielplan: Freitag: In Behandlung. Anfang 1/8 Uhr.

Sonnabend: Mansell Mouche. Anfang 1/8 Uhr.

#### Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johanniskirche): Grünkraut mit Rindfleisch.

Speiseanstalt II (Stolzenhaingasse): Milchreis mit Butter und Blatt.

#### Barbier- u. Friseur-Geschäft

von Herrn O. Grosse, vormals R. Berger, Wilhelmstraße 1, läufig über-

nommen habe. Es wird stets mein eifrigstes Betreiben sein, die gesuchte Kunden-

schaft ausmerksam und zur Zufriedenheit zu bedienen und bitte daher um eine

gütige Unterstützung.

Anger-Crottendorf, den 1. März 1898.

Hochachtungsvoll Paul Müller, Barbier.

#### Zwenkau.

Sonntag den 6. März nachmittags 3 Uhr

##### Dessertl. Maurer-Versammlung

im Saale des Goldenen Adlers.

T.-D.: 1. Die Bestrebungen der organi-

sierten Arbeiter, mit besonderer Berücksichtigung des Koalitionstrecks und der

Beteiligung der Unternehmer. 2. Innere

Verdienstangelegenheiten.

D. G.